

Bezugspreis:

Vierteljährl. 16,50 Mk., monatl. 5,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 5,50 Mk. inkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,75 Mk., für das übrige Ausland 13.— Mk., bei täglich einmal. Zustellung 11.— Mk. + Saluta- und Postschlag. Postbestellungen nehmen an Danemart, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetrogen in die Postzeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags, einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Nonpareilzeile kostet 2.— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 75 Hg. (zünftig zwei getriebene Worte), jedes weitere Wort 50 Hg. Stellengefährde und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Hg., jedes weitere Wort 40 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 60%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 88, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 2. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 11753-54.

Partei und Hohenzollernabfindung.

Die sozialdemokratischen Fraktionen der Deutschen Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung beschäftigten sich gestern abend in einer gemeinsamen Sitzung mit der Frage der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Staat und der vormaligen Krone Preussens. Die übereinstimmende Meinung der allermeisten Redner ging dahin, daß das Vermögen der Hohenzollernfamilie als Eigentum der Allgemeinheit zu betrachten sei, die der Familie überhaupt keine Entschädigung schulde. Man gab sich keinem Zweifel darüber hin, daß weder von der bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung noch von jener der Landesversammlung eine Anerkennung des grundsätzlich sozialdemokratischen Standpunktes zu erwarten sei. Aber selbst mit Rücksicht auf diese gegebenen Mehrheitsverhältnisse kann nach der übereinstimmenden Meinung beider Fraktionen auf keinen Fall dem vorgeschlagenen Vergleich zugestimmt werden, der ungeheure Vermögenswerte in der Hand der vormalig regierenden Familie beläßt.

An dem unglücklichen Ausfall dieses Ausgleichsverfuchs trägt nach allgemeiner Auffassung in erster Linie die gegebene Rechtslage schuld, die nur durch ein Reichsgesetz auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung geändert werden kann. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Preussischen Staatsregierung würden eine solche Aenderung, die ihnen eine bessere Wahrung der Allgemeininteressen gestatten würde, freudig begrüßen. Die sozialdemokratische Fraktion der

Deutschen Nationalversammlung ist bereit, alle ihre Kräfte einzusetzen, um ein derartiges Reichsgesetz zustande zu bringen und hat sich dafür die Unterstützung der Genossen in der Reichsregierung gesichert.

In der heutigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung wird der grundsätzliche, scharf ablehnende Standpunkt der Fraktion gegen den Vergleichsvorschlag begründet werden. Der Vorschlag wird dann einem Ausschuss überwiesen werden. Man hofft mittlerweile, auch die bürgerlichen Mehrheitsparteien davon überzeugen zu können, daß der vorliegende Vergleichsvorschlag auf keinen Fall Geseh werden darf, weil dies zu einer ungeheuren Erregung in weiten Volkskreisen und zu einer Krise in Reich und Staat führen müßte, und daß nur die Reichsgesetzgebung den Weg öffnet, um aus der gegebenen schwierigen Lage herauszukommen, über deren Ernst man sich keiner Täuschung hingeben darf.

Die sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung wird heute beantragen, die Reichsregierung möge durch die Staatsregierung aufgefordert werden: „Unverzüglich ein Reichsgesetz herbeizuführen, das die Bestimmung des Art. 153 der Reichsverfassung zur Geltung bringt, wonach die angemessene Entschädigung und die Zulässigkeit des Rechtswegs für die Enteignung des vormaligen preussischen Königshauses zum Wohle der Allgemeinheit an der Bestimmung mit werden kann.“

An den neuen Herrn Ungarns.

Von Emanuel Budinger, Budapest.

Aus Budapest wird vom 1. März gemeldet:

Budapest, 1. März. Die Nationalversammlung hat heute Admiral Riclaid von Porih zum Reichsverweser gewählt, worauf dieser den Eid auf die Verfassung ablegte. Die Nationalversammlung beschloß ferner, der Wahl Gesetzeskraft zu geben und ein Ehrenhonorar von 3 Millionen Kronen für den Verweser auszusuchen.

Graf Apponyi, der Führer der ungarischen Friedensdelegation, wird dieser Tage in Paris den Beweis führen, daß das einstmalige reiche Ungarn durch den bevorstehenden Gewaltfrieden an allen Gliedern verstümmelt und bettelarm wie eine Kirchenmaus bleiben wird. Doch in diesen Tagen war es die größte Sorge der Herren, die sich ungarische Nationalversammlung nennen, zu beraten, ob Porih, der neue „Reichsverweser“, den Titel „Durchlaucht“ führen und dazu noch die Machtbefugnisse einer richtigen gottbegnadeten Majestät erhalten soll. Ferner war es die Sorge, ob es doch eigentlich nicht als zu „verfrüht“ erscheinen müsse, den Habsburgern auch von Gesetzes wegen den endgültigen Laufpaß zu geben. Daß sich über jemand unbedingt finden müsse, der — ungeachtet der fürchterlichen Armut des Landes — mit dem Glanze der alten ungarischen Krone geschmückt werden solle, das scheint diesen Herren selbstverständlich. „Ein Land für einen König“, heißt es da, wo man noch vor Jahresfrist rief: „Weg mit dem König, es bleibe das Land!“ In all den Staaten, die sich um Ungarn herum neugebildet, gilt noch immer diese letztere Lösung, in Ungarn aber, das aus allen Poren blutet, betrachtet man es als höchste Weisheit, das neue Lösungswort gefunden zu haben.

Stadtbefölkerung und Beamtenchaft frieren und leiden fürchterlich an Hunger. Doch als größte Sorge plagt die Herren der Gedanke, daß es in Paris kaum gelingen werde, eine Armee von einer solchen Stärke zugebilligt zu erhalten, die das Land vor äußeren und inneren Feinden — die größere Sorge ist natürlich der „innere“ Feind — beschützen können wird. Wie groß muß diese Armee im Hinblick auf die äußeren Feinde Ungarns bei der jetzigen Weltlage und besonders, da es die Regierung jeden Tag mit einem neuen Nachbarn zu verderben versteht, sein müßte, ist natürlich schwer zu sagen. Man wird Herrn Apponyi in Paris vermutlich schon aufklären, daß mit den äußeren Feinden in absehbarer Zukunft „auf militärischem Wege“ nichts zu machen ist. Was nun aber den „inneren Feind“ betrifft, so ist es sicher, daß dieser — eben von der werdenden Armee — jetzt sofort recht geächtet wird. Die Schandthaten des weißen Terrors lassen darüber gar keinen Zweifel aufkommen. Und was den neuen Herrn betrifft, so bedeutet es schon die größte Zurückhaltung, wenn man nur soviel sagt, daß diese gräßlichen Schändlichkeiten — bisher wenigstens — seinen Gefühlen und Empfindungen in keiner Weise widersprachen. Daß es bald anders wird, ist leider kaum zu erwarten. Denn schon verbreitet der offiziöse ungarische Nachrichtenendienst die lächerlich-zynische Nachricht, daß der an den beiden Redakteuren des Parteiblattes begangene Mord ein Werk — der Kommunisten war. Also gemein und geistlos!

Graf Apponyi schreit — mit vollem Rechte — nach Zulassung der Volksabstimmung in den Gebieten, die man dem Lande entreißen will. Sollten diese Volksabstimmungen nicht zugelassen werden, so bedeutet das sicherlich eine große Gefahr sowohl für Ungarn als für den künftigen Frieden in diesem Teile Europas. Daß aber die gegenwärtige Regierung des Landes der eigenen Arbeiterchaft die Teilnahme an der Wahl der Nationalversammlung gänzlich unmöglich machte, daß nun die ungarische Arbeiterchaft gezwungen ist, das ihr angetane blutige Unrecht in die Welt hinauszuschreien und daß diese Tatsache dem Lande ebenso nicht nützen wird, als ihm seinerzeit die bekannnten Klagen der nichtungarischen Völker des Landes schaden, dies scheint den Herren nicht wichtig.

Dem Lande sollen von den bisherigen 325 000 Quadratkilometern Gebietes nur etliche 88 000 verbleiben. Es soll zwei Drittel seiner Städte verlieren. Alles, was es an Kohle, Holz, Erz und sonstigen Produktions- und Lebensmöglichkeiten hatte, dessen soll es verlieren. Kann und will das Land in Zukunft überhaupt noch bestehen bleiben, dann sicherlich nur so, daß das Ungarn der berüchtigten Fideikomisse und des ionitigen Großgrundbesitzes auf agrarischem Gebiete Reformen schafft, die das Land vor gänzlichem sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verfall schützen. Und da stamme man: die bauerlichen Abgeordneten werden jetzt darauf geprüft, ob sie zur Zeit der Räteidiotie genügend schneidige Bekämpfer dieses Systems waren, und der in dieser hochnotpeinlichen Aktion das große Wort führt, ist natürlich — ein Graf, „Markgraf“ und Großgrundbesitzer und dazu noch Mitglied der — Kleinbauernpartei. Wie da nun die Agrarreform aussehen wird, läßt sich leicht erraten!

Heute, da der ganze Welt kein bestehendes politisches und wirtschaftliches System demokratisch genug ist, waren und sind diese Herren nur darauf bedacht, vor der Welt

Die Entscheidung in Straßburg.

Sieg Longuet's.

Straßburg, 1. März. (TU.) Bei der Abstimmung über die Frage des Beitritts zur dritten Internationale auf dem Sozialkongress erhielt die Richtung Longuet, die für den langsamen Anschluß an die dritte Internationale eintrat, die Mehrheit mit 3300 Stimmen, die Richtung Voriot, die für den bedingungslosen unversögerten Beitritt eintrat, 2620 Stimmen und die Richtung Blum, die sich von der Richtung Longuet nur durch geringe Nuancen unterscheidet, 730 Stimmen. Die Richtung Renaudel sah sich genötigt, ihre Resolution zurückzuziehen. Durch diese Abstimmung ist die Einigkeit in der französischen sozialistischen Partei gewahrt.

Der große Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Millierands starke Krust.

Paris, 1. März. (Werbung des Hollandsch Ricwshbureau.) Stralke, Lecque und Degrand, die Führer der Pariser Eisenbahnarbeiter, wurden heute morgen um 6 Uhr verhaftet. Die Verhaftungen haben in den Gewerkschaftskreisen eine große Aufregung hervorgerufen.

Paris, 1. März. Nach einer Privatmeldung aus Straßburg ist gestern nachmittags in der Schlußsitzung des sozialistischen Kongresses mitgeteilt worden, daß die Eisenbahner von Elsass-Lothringen sich dem Ausstand angeschlossen haben.

Paris, 1. März. Millierand hat heute vormittags mit dem Minister des Innern, mit dem Minister für öffentliche Arbeiten und mit den Direktoren der verschiedenen Eisenbahndirektionen beraten. Nach Schluß der Beratung erklärte er den Pressevertretern, der Eindruck, den die Lage heute hervorruft, sei befriedigend. Man habe eine wesentliche Besserung in dem Verkehr auf den Eisenbahnlinien festgestellt. Auf der Nordbahn sei der Verkehr normal. Auf der Ostbahn sei in vielen Fällen eine Wiederaufnahme der Arbeit festzustellen. Auf den Linien der Paris-Orléans-Mittelmeer-Eisenbahnen zeige sich auch eine sichtbare Besserung. In Marseille hätte die Hälfte der Eisenbahner der Mobilisierungsbefehle Folge geleistet. Auf den Linien Paris-Orléans fuhren 30 Proz. Hier sei die Lage stationär. Auf den Staatsbahnen merke man auf gewissen Linien einen Fortschritt. Der Dienst in der Pannmelle von Paris sei regelmäßiger als gestern. In Toulouse habe das Gewerkschaftskomitee sich mit 21 gegen 13 Stimmen gegen die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen. Die Ernährung von Paris sei sichergestellt. Demgegenüber erklärt der Allgemeine Arbeiterverband (G. U. L.) nachmittags 1 Uhr in einem Bericht, der Verwaltungsrat habe am Vormittag eine Sitzung abgehalten und nach den ihm zugegangenen Nachrichten eine Ausdehnung des Streiks festgesetzt.

Paris, 1. März. (TU.) Der Eisenbahnerstreik dauert unvermindert fort. Aus den einzelnen Depots der Pariser Bahn wurde heute gemeldet, daß die Anzahl der Arbeitswilligen sich gegen gestern vermehrt hätte. Der Verkehr ist vollständig eingestellt worden. Die Zufuhr von Lebensmitteln nach Paris kann durch Militärautos sichergestellt werden, so daß ein empfindlicher Nahrungsmangel verhindert wurde. Dagegen sind die Protestaktionen bedeutend beschränkt worden, da man infolge des Streiks auf den staatlichen Westbahnen mit Zufuhren aus den atlantischen Häfen nicht rechnen kann.

Gestern nachmittags fanden zahlreiche Versammlungen der Eisenbahner statt. Die Polizei verhaftete mehrere Redner. Die Mobilisierungsbefehle sind fertig und sollen heute herausgegeben werden. Die Bergarbeiter streiken vorläufig nicht.

Ostpreußen von den Polen blockiert.

Königsberg, 1. März. Präsident Rißmann vom Landesfinanzamt Ostpreußen, Mitglied der deutschen Delegation für Verkehrsangelegenheiten in Warschau, berichtet, wie die Abendblätter melden, über den polnischen Standpunkt bei den Verhandlungen über den Durchgangsverkehr von Deutschland nach Ostpreußen unter anderem: Einen Durchgangsverkehr vom Rumpf Deutschlands nach Ostpreußen durch Polen gibt es nicht, denn Polen und Ostpreußen grenzen gar nicht aneinander, weil der Freistaat Danzig und die Abstammungsgebiete Marienwerder und Allenstein dazwischen liegen. Polen erkennt die Souveränität Deutschlands über die Abstammungsgebiete nicht mehr an.

Im Personenverkehr lehnt Polen den Durchgang über Dirschau nach dem Abstammungsgebiet Marienburg ab, da Dirschau für den jetzigen Kriegszustand Polens mit Sowjetrußland ein äußerst wichtiger Eisenbahnknotenpunkt für den Nachschub von Danzig nach Polen sei, so daß es neben dem jetzt zugelassenen Schwelleg Berlin-Danzig einen weiteren Schnellausverkehr nach Königsberg nicht aufnehmen könne. Im Wechselgüterverkehr von Deutschland nach Polen und umgekehrt ist Ostpreußen in den polnischen Vorschlägen überhaupt nicht berücksichtigt.

Die vom polnischen Finanzministerium unter der Hand mitgeteilten Vorschläge für das Zollverfahren bei Uebergang aus Deutschland nach Polen und umgekehrt eröffnen den Verkehr vollständig, da auf die polnischen Vorschläge zur Wahrung des deutschen Zollinteresses und Verhütung der verbotenen Warenexporte aus Deutschland unmöglich eingegangen werden kann.

Allenstein, 1. März. (B.T.V.) Durch Verordnung der internationalen Verwaltungskommission wird der Präsident des Landgerichts Allenstein mit der gerichtlichen Verwaltung des ganzen Abstammungsgebietes beauftragt. Die gegenwärtigen Gesetze bleiben in Kraft soweit sie der Kommission nicht mit der Ausübung ihrer Befugnisse oder der Ausführungen der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages vereinbar erscheint.

Eine Zusatznote Wilsons.

Paris, 1. März. (WTB.) „Daily Telegraph“ berichtet, Präsident Wilson habe in der Adriafrage eine Zusatznote geschickt.

London, 29. Februar. „Daily Mail“ meldet daß die Südslawen und Italiener, um eine freundschaftliche Regelung der adriatischen Streitfrage zu erzielen, in unmittelbaren Verhandlungen austausch getreten sind. Man erwartet eine baldige Lösung.

Neue französische Niederlage in Syrien.

Amsterd. 1. März. Die englischen Blätter vom 28. Februar bringen ein Telegramm aus Kairo über die Kämpfe in Syrien, wonach Türken und Araber Alexandria genommen haben sollen.

sich damit brüsten zu können, daß dem nachrevolutionären Ungarn alle Götter des sozialen und demokratischen Gedankens ausgezogen wurden. Sie betrachteten es wohl als schmerzlicher und moderner, daß jetzt neun Zehntel der industriellen Arbeiterklasse Lebensmittelmittelbetriebe betreibt und daß der Bauer für seine Lebensmittelerzeugnisse auf dem Budapester Markt — Dollars verlangt.

So ist es heute. Wie es morgen werden wird, wer könnte dies voraussagen? Vor dem Kriege kämpfte die Arbeiterklasse ein Vierteljahrhundert für ihr Mitbestimmungsrecht im Lande. Der Erfolg blieb aus, weil dieselben Herren, die heute Konstituenten sind, blind und taub waren für die Forderungen der Zeit. Diesem Umstande ist es auch zum großen Teile zuzuschreiben, daß eine parlamentarisch und politisch ungefähre Arbeiterklasse sich auf das blutige erste — doch nicht durchdrachte — Zwischenspiel der Räteherrschaft einließ. Als im März vorigen Jahres die Arbeiterklasse die Staatsmacht übernahm, ließ sich diese sozial orientierte Arbeiterklasse zum großen Teile auch von dem nationalen Motiv leiten, daß das Vaterland auch national in äußerster Gefahr sei. Demgegenüber betätigten diese national sich gebärdenden Herren — in den schwersten Zeiten des Landes — auf dem Gebiete der sozialen Umgestaltungen einen so tödlichen Verstand, daß sich Gott erbarme.

Die Sühne für diesen neuen Frevel wird, wenn nicht bald umkehrt gehalten wird, abermals nicht ausbleiben. Es sei denn, daß die Geschichte sich diese Arbeit ersparen wird, indem sie erbarmungslos über ein Land hinwegschreitet, dessen „mit Gottes Hilfe gewählte“ Völker sich selbst mit der größten Blindheit schlügen.

Der Eid, den die ungarischen Soldaten schwören müssen, beginnt mit folgenden niederträchtigen Bewusstseinsfragen: „Ich schwöre im Namen der Heiligen Jungfrau Maria, daß ich stets bestrebt sein werde, gegen die Türken und Rumänen zur Befreiung der besetzten Gebiete und deren Wiedervereinigung mit Ungarn sowie gegen jede sozialistische Bewegung zu kämpfen.“

Die Mörder Somogyis.

Budapest, 1. März. (U.) Man kennt bereits die Namen der Mörder der beiden sozialdemokratischen Redakteure Somogyi und Barca. Die Mörder sind: der Oberleutnant Hossas sowie der Baron Poposa, der Baron Stonce, der Leutnant Julius Schefoski, der Gendarmenoberleutnant Vaghi und der Feldwebel Bobula. Trotzdem schreibt die Militärbehörde noch nicht zur Verhaftung der Genannten, welche ihre Unberufenheit sogar so weit treiben, ein Angebot für einige Zeit ins Ausland zu reisen, zurückzuweisen. Inzwischen werden zwei neue Mordtaten gemeldet. Der Oberbeamte des Budapester Polizeipräsidiums, Bela Reumann, der durch Zufall Kenntnis von einigen Details der Mordtaten bekam, wurde in eine Kaserne geschleppt und dort entmannt. Er starb an den Folgen einer Blutvergiftung. Auf dieselbe grausame Weise wurde der Ingenieur Stephan Müller aus Segedin ermordet.

Um die Kohle.

Die Naturschätze in der Erde gehören dem ganzen Volke. Auch nichtsozialistische Kreise, insbesondere aus der Klasse der Arbeitnehmer und Beamten, stehen in großer Zahl auf dem Boden der gleichen Forderung. Die Ueberführung des Kohle bergenden Bodens in das Gemeineigentum läßt sich entweder auf dem Wege der sofortigen Enteignung oder auf dem Wege der sich erhöhenden Beteiligung des Reiches an dem Privatbesitz durchführen. Da nun die Existenz unseres Volkes von der möglichst baldigen Steigerung der Kohlenproduktion entscheidend abhängt und dieser Prozeß von allen störenden Nebenerscheinungen bewahrt werden soll, um zu den höchsten Leistungen zu gelangen, ist man von Reichs wegen mit aller

größter Vorsicht an dieses Problem heranzutreten, ungeachtet der wachsenden Opposition gegen diese Verzögerung der Sozialisierung. Dieser Standpunkt hat sich als unrichtig erwiesen, denn wir sind auf diesem Wege nun bereits soweit gelangt, daß ein Stinnes mit der Faust auf den Tisch und einen Ton anzuschlagen magt, als läge die gesamte Macht des Staates bei ihm und den von ihm vertretenen Bergherren. Um was es sich hier handelt, haben die „Vorwärts“-Leser bereits aus zahlreichen Berichten erfahren. Der Minister hat ab 1. März wieder 13 M. pro Tonne Zuschlag bewilligt, so daß sich die Tonne Kohle ab Werk auf mindestens 300 M. stellt. Die Bergherren verlangen einen höheren Zuschlag, um die Kosten, die aus der Produktionssteigerung entstehen, allein aus dem Preisaufschlag decken zu können, während der Minister diese Kosten durch Kapitaleinbringung gedeckt wissen will. Diese Kapitalbeschaffung soll nach dem Vorschlag des Ministers, wenn die Zechen selbst das Kapital nicht anbringen, so erfolgen, daß aus einem entsprechend hohen Preisaufschlag, den die Bergherren fordern, Kapital gebildet wird, mit dem das Reich ein Mitigentum an den Bergwerken erwirbt. Hiermit wird auch dem Eindringen ausländischen Kapitals ein Riegel vorgeschoben, zumal die Industrie über Kapitalmangel laut Klage führt.

Die Verhandlungen im Reichskohlenrat sind, wie wir berichtet haben, ergebnislos abgebrochen worden. Es fragt sich nun, was soll weiter werden? Obgleich die Regierung alles getan hat, um die Bergarbeiterklasse zu erhöhten Arbeitsleistungen zu veranlassen, türmen sich hier neue Schwierigkeiten auf.

Ist sich Herr Stinnes wirklich der ungeheuren Verantwortung gewiß, die er mit seiner Kampfanzeige auf sich genommen hat? Liederlich zeigt sich, daß die Unternehmer, die weiter glänzend verdienen, herausfordernd auftreten denn je. Während die Regierung die Ventile öffnet, um die wachsende Spannung in der Arbeiterklasse abzubauen, indem sie das Mitigentum des Reiches der deutschen Arbeiterklasse aller politischen Richtungen zu sichern sich bemüht, haut Stinnes die Hand von dem geöffneten Ventil, damit die Spannung weiter steige. Es ist sicher, daß hier die gesamte Arbeiterklasse als Einheitsfront gegen die wachsende Macht der Bergherren Stellung nehmen wird. Wenn man bedenkt, daß ein erheblicher Teil des angelegten Kapitals an den Börsen das Material für den wüsten Spielraum bildet, heute dieser, morgen jener, übermorgen Ausländer sich in die Spekulationsgewinne teilen, weil sie wissen, daß reale Werte, Naturschätze, hinter diesen Zetteln stehen, wenn man bedenkt, daß die ausgezählten Dividenden ein Vielfaches der angelegten Gelder bereits ausmachen, dann sollte man wohl meinen, daß es in den Kreisen der Nichtkapitalisten in dieser Frage von entscheidender Bedeutung eine Zustimmung nicht geben kann.

Frankfurt a. M. (Wg. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Kohlennot in den heimischen Werken des Untermittelstandes ist soweit behoben, daß die Arbeit in der ganzen heimischen Industrie heute in dem Umfang wie vor der Arbeitslosigkeit wieder aufgenommen worden ist. Eine entsprechende Menge Auslandskohle ist eingetroffen. Die amerikanischen Kohlen, die für die Werke bestimmt waren, lagern im Hafen von Mainz und müssen dort erst umgeladen werden, da die Rheinflöße sich für die Rheinschiffahrt nicht eignen.

Bekanntlich haben sich kürzlich die 4 großen Bergarbeiterverbände des Ruhrkohlenbergbaus bereit erklärt, bei Gewährung erhöhter Lebensmittellieferungen wöchentlich 2 halbe Ueberhöchstleistungen zu verfahren. Die Durchführung dieses Abkommens, dem unendlich schwierige Verhandlungen vorausgingen, ist nun schwer gefährdet infolge Mangels an Waggons zum Abtransport der Kohlen. Hierüber wird uns aus Dortmund gemeldet:

Worte Multatuli.

Im unbedingten Erfordern der reifen Natur liegt das Mittel, um die Menschheit zu einem möglichst großen Maß von persönlichem Glück und allgemeiner Verbrüderung hinaufzuführen. Wenn dieser oder jener Donnerer auf dem Olymp mit diesem Programm nicht zufrieden ist, dann erkläre ich ihn für sehr anpruchsvoll. Und wie Hiob fordere ich ihn auf, einmal herabzukommen und zu versuchen, ob er selbst, seiner sinnlichen Rajahat entleibet, imstande sein würde, etwas Besseres zu liefern oder zu erziehen.

Ich habe in mancher Hinsicht Hochachtung vor Jesus, aber durchaus nicht vor dem sogenannten Christentum. Es sind von Jesus Dinge gesagt worden, die ich glaube — obwohl ich sie nicht glaube, weil er sie sagte. Aber an das Christentum selbst glaube ich nicht. Ich leugne das Bestehen dieses Christentums. Ich bin ihm niemals begegnet, habe es niemals wahrgenommen und bin überzeugt, daß Jesus bei einer Rückkehr auf die Erde sehr verwundert sein würde, zu hören, daß man sich noch ihm nennt.

Nicht jeder, der sich auf die Reise begibt, wird sein Ziel erreichen. Nicht jedes Streben wird gekrönt. Nicht jeder, der Wahrheit sucht, wird die Wahrheit erobert. Doch Nichts-tun, Nichtstreben aber ist im Widerspruch mit der ganzen Natur. Nichts-tun, Sich-nicht-bewegen ist Vergegnung unserer Seins, das aus eigener Bewegung besteht. Es ist eine Verneinung unserer Verfassung, die Kunst will zur Eroberung des Unbekannten. Nichtstreben nach Wahrheit ist die eigentliche, allein straffbare, allein verabscheuungswürdige Sittenlosigkeit.

Sehet, ich möchte euch gesunde Speise geben. Ich möchte euch weihen auf Autorität durch Liebe, auf Wohlstand durch Gerechtigkeit, auf Glück durch Tugend. Das ist in einem Wort: ich möchte euch nötigen, Mensch zu sein. Das ist alles.

In Genes glaube ich nicht. Es weht einem nichts an. Man mag grübeln, geardelt, gedacht, gelitten haben.

Arbeit ist der durchschlagendste Beweis von Moralität.

Die Ehre sitzt über und nicht unter dem Gürtel.

Romanisterrunde im Staatstheater. Den Romanisterrunden galt die letzte Mittagsveranstaltung im Staatstheater. Paul Alfred Werbach hielt den einführenden Vortrag, in welchem er auf die romantische Ironie und Sehnsucht der ersten Periode und die nationale Idee der zweiten hinwies. Komte auch diese knappe Einleitung unmöglich erschöpfen, so gibt es doch Querverweise, die dem Werke geistig belebter und wärmer vorantreiben, als es hier verdaulich Schlegels Wort, nach welchem die französische Revolution, fichtes Wissenschaftslehre und Goethes Reizler die größten Tendenzen seines Zeitalters waren, sich verbergen. Margarete Reff las als sehr blaue Blume, aber nicht ohne Reiz, Kavalis und aus dem

Nachdem die Ueberhöchstleistungen im Bergbau einheitlich begonnen haben, fehlt es einer großen Zahl von Schichtanlagen an den zum Abtransport der Kohlen notwendigen Eisenbahnwaggons. Die Eisenbahndirektion Essen erklärte sich außerstande, für Abhilfe zu sorgen. Die Bergbauunternehmer weisen nachdrücklich darauf hin, daß der Wagenmangel die ganze Wirkung der getroffenen Vereinbarungen gefährde. Auf den einzelnen Zechen stauten sich die in den Ueberhöchstleistungen mehr geförderten Kohlen. So erhielt die Zeche „Mont Cenis“ in Herne am 27. Februar anstatt 260 Waggons nur 104, und sie erklärt, daß das ganze Ueberhöchstleistungenwesen zu wackeln sei, wenn der Abtransport nicht einigermaßen gleichmäßig erfolgt. Die Zeche „Röbliche Morgenröte“ in Bochum mußte die angeordnete Ueberhöchstleistung ausfallen lassen, weil sie kein Seerematerial hatte und sie nicht vor der Notwendigkeit, anstatt der Ueberhöchstleistungen Feierhöchstleistungen einzulegen, wenn es mit der Wagengestellung nicht besser wird.

Aus der Meldung geht hervor, daß der Arbeitswille der Bergarbeiter infolge des Wagenmangels noch vielfach zur Untätigkeit verurteilt ist. Die Quelle des Uebelstandes ist, wie schon früher, das Versagen der Eisenbahn. Die letzte Ursache dafür ist in der mangelhaften Organisation der preussischen Verkehrsverwaltung zu suchen. Wenn hier nicht mit eiserner Hand durchgegriffen wird, so muß die deutsche Volkswirtschaft, die ohnehin unter dem Kohlemangel schwer leidet, völlig zum Erliegen kommen.

Das Temperament des Herrn Helfferich.

Als am Montag der Vorsitzende des Gerichts im Helfferich-Prozeß dem Angeklagten Helfferich eine ernste Ermahnung zuteil werden ließ, entschuldigte sich dieser damit, daß ihn in der Aufregung mitunter sein Temperament „mit fortziehe“. Herr Helfferich, der immer aufgeregter, hat sich in diesem Prozeß an jedem Verhandlungstage mehrere Male zu Unrichtigkeiten und Beschuldigungen „fortreißen“ lassen. In der letzten Gerichtsverhandlung hat er unter anderem auch dreist und lässig behauptet, daß Genosse Ebert im früheren Hauptauspruch des Reichstages erklärt habe, „wir könnten nicht mehr, und jeder Friede sei besser als die Fortsetzung des Krieges“.

Das ist natürlich absolut unwahr. Der Genosse Ebert hat in Ueberzeugung mit unserer Partei sich niemals anders geäußert, als daß er für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen sei. Das ist der Gedanke des Rechtsfriedens, den wir immer vertreten haben, und ist so ungefähr das Gegenteil von dem, was Herr Helfferich behauptet hat. Unsere Einschätzung des Herrn Helfferich besteht aus ein einziges Wort der Kritik. Er hat sich eben zum tausendsten Male „von seinem Temperament fortreißen“ lassen.

Eine Viertelmillion heimgekehrt.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefängnisse teilt mit, daß bisher rund 260 000 Mann, darunter über 400 Offiziere, aus den Kriegsgefangenenlagern in Frankreich zurückgekehrt sind. Durch den Generalstreik der Eisenbahner in Frankreich ist der Abtransport bisher nicht behindert worden. Es trafen noch am Sonntag auf den belanteten Linien die üblichen sechs Transporte aus der ehemaligen Kampagne ein, und auch am 1. März lagen schon Meldungen über neu angekommene Transporte vor.

Zeitungsverbot. Der Reichswehrminister hat, wie uns aus Hamburg gedröhrt wird, Druck und Vertrieb der dortigen „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“ auf 4 Wochen verboten. Als Erklärung wird wiederholte Verleumdung der Regierung und Aufstörung zum Aufruhr in einem Artikel angegeben. Das Verbot kommt dem Kommunistenblatt, das bereits seit langem auf dem Aussterbeort stand, sehr gelegen. Die öffentliche Ruhe und Sicherheit ist infolge der Laune durch das Blatt gefährdet worden, als es nur von einer verschwindend kleinen Menge von Lesern geleitet wurde und zumeist mit Streligkeiten innerhalb der eigenen Partei sich beschäftigte.

Wunderhorn, Jean Paul und Eichendorff. Ueber von Weber und Hoffmann mochten Abwechslung bringen, doch schufen sie kaum intimere Kenntnis des Romantischen und hätten eher vermehrt werden können, als G. L. A. Hoffmannsche Prosa, die man freilich, er gerade hätte paradox Sprudelreden, Raune und Phantastisch-Schmerzliches hinzugefügt; statt dessen flüsterle man nur von Liebe und geigte somit einen romantischen Halbmond.

Reiz Ebers las u. a. einen Brief aus Schlegels „Lucinde“; darin heißt es: „Freilich werden wir auch auf dem Lande die Gemeinheit wieder finden, die noch überall herrscht.“ Dafür las man: die jetzt überall herrscht. Das ist eine lakonische Ungenauigkeit und eine unreine Spekulation auf die Unkenntnis der Aufnehmenden. (Doch! Sonderbares, das dieses Vorwortes wieder in Erinnerung ruft, geschah am Sonntag vorher in der Masskerveranstaltung: der Syene des erblinden Faust wurden die Verse weggeschnitten, in denen das Zukunftsbild vom „steilen Ross auf freiem Grunde“ enthalten ist; der Vorleser schloß mit den von bürgerlichem Individualismus so gern gegen die Masse mißdeuteten Versen: „Doch sich das große Wort vollendend, genügt ein Geist für tausend Hände.“ Red.) Wer sich der Romantik nähern wollte, wird seine Kenntnisse in diesen Richtungsstunden kaum erweitern, sie keinesfalls vertieft haben. Das Staatstheater sollte den sehr begrüßenswerten Veranstaltungen mehr Lieb- und mehr Kochenlichkeit widmen.

Ausfall: Der Anfang war von 12 auf 10 Uhr verschoben. Pünktlich Kommende wurden auf die Straße gewiesen, bis man geruhete, das Haus zu öffnen.

„Die Dollarprinzessin“, Leo Fall's melodische Operette, erlebte jetzt — weniger prächtig hergerichtet und auf derbe Effekte gestimmt — im Eden-Theater eine neue Aera, die sich — unter dem tun's die Operettenmacher nicht — mit drei Riffen schreiben wird. In Elisabeth's Ballet-Darstellungen hat die Faust nicht gerade Uebermäßig sorgsame Aufführung eine himmlisch erklaffende Belegung der Titelrolle. Die freierliche Eleganz repräsentierte Hans Walden. Reizend war Gotte Dewis als Daisy; ihr Ringelreihen war voll Anmut. Oscar Braun ist (von einigen Knorten abgesehen) ein trefflicher Operettensänger, und Richard Senius läßt dem amerikanischen Kohlenkönig die rechte Berliner Note.

Bühnenchronik. In der Siegfried-Aufführung des Opernhauses am Freitag galt der Richard Schuleri vom Hamburger Stadttheater in der Titelrolle. — In der Uebel-Kaufführung des Schauspielhauses am Donnerstag spielt Eduard v. Winterstein den Jona.

Vorlesung. In den neuen Räumen des Studiokollegiums (neue Vorlesung) erzählt Bismarck's Biographie am Dienstag, den 2. März im Deutschen Lesesaal.

Das Ueberrassigste Orchester hat sich mit seinen engagierten Musikern geeinigt, eine Gegenanstellung von 23 Proz. ist vom 1. Januar 1920 an bewilligt. Der Deutsche Musikverband läßt daran die Forderung an die Stadt Berlin, das Orchester durch weitere Unterstützung zu sichern.

Die Beerdigung des Dichters Ludwig Kubler findet Dienstag, den 2. d. M., um 3 Uhr auf dem Friedhof in Weigensee statt.

Multatuli.

Zu seinem 100. Geburtstag am 2. März.

Keiner, der aus den Niederungen des Lebens, aus Not und Leid zum Lichte gelangt. Einer, der inmitten einer aufhörsreichen Karriere, eines Lebens voll äußeren Glanzes das heilige Mittelstück mit dem summen Leid seiner Brüder, und der dies Leben hinwarf, um ehrlich zu bleiben, um ein Verkünder der ewigen Menschrechte zu werden, ein Heiland und Retter aus Elend und Not.

„Multatuli“, viel hab ich getragen, gelitten — so nannte er sich selbst, als er seine fiammende Anklage, die Tragödie seines eigenen Lebens, den Roman „Max Havelaar“ in die Welt sandte. Das innere Leid einer fühlenden Seele inmitten einer Welt von Ungeachtetsten hatte er schon damals kennen gelernt, als er, der niederländische Kolonialbeamte; sich zum Schicksal der armen, ausgebeuteten und gepöbelten Eingeborenen auf Java aufwarf. Als er dann aber, mit Strohberührung bedrückt, aus dem Amte ausschied, da lernte er auch die äußere Not des Lebens bis zur Reize auskosten. Innerlich jagte das Schicksal den Haveloos, Heimatlosen von Ort zu Ort; unter den elendsten Verhältnissen schrieb er 1860 mit seinem Herzblut den „Havelaar“ — das Werk, das ihn mit einem Schlag in aller Mund brachte und um dessen Entzogen ihn doch ein gewaltigster Verleger und ein „wohlmeinender“ Freund, der Schriftsteller Lemper, zu betrügen wußten.

Aber sein Glaube blieb, der Glaube an seine Mission und an die Gerechtigkeit seiner Sache. Und mit diesem Glauben sein warmes Herz für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten, für alle Leidenden und Elenden. Selbst in der bittersten Not hat er immer wieder sein Licht, hat er den Ertrag seiner Werke der Wohlthätigkeit gespendet.

Doch das Leben konnte kein Erdarmen mit dem Erbarmungslosen. Was auch ein Schöner und Güter, an Hoffnung und Verheißung seinen Weg kreuzte — es geriet im Nebel eines grossen Geschicks, und vor ihm dehnte sich nur die graue Straße der Not.

Sein Lebenswerk sind seine „Adeen“, die er in den 15 Jahren, von 1862 bis 1877, in sieben Bänden herausgab und in denen er in bunter Mannigfaltigkeit Gedanken, Gesichte, Stiggen und Schicksale, Reiteres und Tiefes und Erhabenes vor und ausbreitet. Aus ihnen spricht laut und vernünftig die Stimme eines Schicksalsgaden, der den Glauben an die Gottheit verloren, um den Glauben an die Menschheit zu gewinnen.

Wir Sozialdemokraten aber wollen diesen Fortschritt der „Adeen“, diesen Fortschritt seiner und unserer Ueberzeugung heute nicht in kurzen Gedanken ehren, sondern ihn lesen, lesen und immer wieder lesen, um in der Werkstatt seines Geistes uns Waffen zu schmieden für den Kampf gegen alle Unterdrückung und Entwürdigung. Der auch heute noch gekämpft werden muß. Wenn es ein Mensch den letzten, leuchtenden Tag des Erstarren Programms nicht nur abacht, nicht nur achts, sondern geliebt hat, so war es der der „vielen gelitten“ — Edward Thomas Deffer.

Prozess Erzberger - Helfferich.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Der Minister Helfferich gibt weiter an, daß er auch noch der Justizkommission im Sommer 1917 im Rheinland aufmunternde Reden gehalten hat, um die Volkstimmung zu heben. — Helfferich: Nun zu etwas anderem. Wissen Sie nicht, daß diese Indiscretionen mit dem Herrn Erzberger zurückzuführen sind? — Zeuge: Nein. — Helfferich: Ich habe hier einen Brief, den an den Generalfeldmarschall v. Eichhorn von einem Fräulein Anna Meißner, die mit Herrn Erzberger befreundet war, geschrieben ist. In diesem Brief heißt es u. a., daß die Resolution für später unverbindlich sei. — Vors.: Wir wollen hier doch nicht den politischen Wert der Resolution erörtern. — R. A. Meißner: Wir wollen hier zeigen, daß der Herr Nebenkläger ein uneheliches Spiel getrieben hat. — Erzberger (erregt aufstehend): Das verbitte ich mir. — Es kommt nun zu einer sehr heftigen Auseinandersetzung zwischen den beiderseitigen Rechtsanwälten, die der Vorliegende schließlich mit den Worten abruft, die Herren möchten das doch außerhalb der Sitzung erledigen. — R. A. Meißner: Warum hat der Herr Nebenkläger nicht der Kommission des Reichs v. Stein widersprochen? — Erzberger: Weil für die Resolution verschiedene Gründe mitsprachen. Ich verbitte es mir, daß ich hier so ich verbeleidigt werde. Ich bin stolz auf meine Resolution. (Große Stillezeit im Publikum und Jurate.) — Vors. (sehr erregt): Justizwachtmeister, haben Sie noch hier gerufen hat? Wenn das noch einmal vorkommt, dann werde ich mit Gaskraften einschreiten. Wir sind doch hier nicht im Theater. — R. A. Meißner: Herr Zeuge, ist es richtig, daß am Mittwoch nach der Resolution Herr Erzberger noch gefragt haben soll, ob man Weismann Hollweg nicht halten könne? — Zeuge: Jawohl.

Minister David als Zeuge.

Hierauf wird Staatsminister David als Zeuge aufgerufen. Minister David sagt aus: Weismann und ich hatten den Reichsminister v. Weismann Hollweg aufsucht, um von der Regierung eine Erklärung zu fordern, die sich gegen die Ansetzung ausdrukt und für Demokratisierung im Innern. Wir führten später dann weiter aus, daß wir für die Demokratisierung im Innern weitestgehende Rücksichtnahme von der Regierung erwarteten. Die Situation sei deshalb so gefährlich, weil wir deutlich sehen, daß die Stimmung der Massen eine überaus gedrückte sei. Die Regierung zeigte uns aber keinerlei Entgegenkommen. Ich verlangte auch, daß die Oberste Staatsanwaltschaft nach Berlin kommen und hier mit den Parlamentarier in dieser Angelegenheit treten solle. Ich machte dabei darauf aufmerksam, daß es nicht anzunehmen sei, daß zwischen dem Reichstag und der Obersten Staatsanwaltschaft kein unmittelbarer Kontakt bestünde. Ich verlangte, daß über die Sache ein Protokoll erstellt zu sein, andererseits wollten wir die Oberste Staatsanwaltschaft über die Stimmung im Innern aufklären, wir wollten sie davon aufmerklich machen, daß die Stimmung darauf sei, daß wir bei dem geringsten Anlaß leicht in die Katastrophe hineingeraten könnten. An der Hauptauskunftung am 3. sprach zum erstenmal Herr v. Weismann. Er sprach außerordentlich ernst und sagte, das Volk habe das Vertrauen zur Regierung und zu allen Ministerien verloren. Am zweiten Tage sprach Kossel, der ausführte, die Regierung nehme dem Abgeordneten entgegen, wenn sie nicht unsere Vorschläge annehme. Weismann Hollweg sei ein außer-Ordentlicher, aber ein unglücklicher Bauder. Noch schärfer sprach der Abg. Dönn. Der die Resolution an die Wand warf. Wir betrachteten die Krise, wie ich schon sagte, als sehr ernst. Das Auftreten Erzbergers im Hauptauskunftung war für uns von größter Bedeutung, weil uns damit plötzlich die Aussicht eröffnet wurde, nun im Reichstage eine Mehrheit für unsere Friedenspolitik zu finden. Herr v. Weismann verlangte sofort Aufhebung der Sitzung und eine Aussprache mit der Obersten Staatsanwaltschaft. Uns war die Rede Erzbergers geradezu eine Enttäuschung.

Helfferich: Minister David hat die eine Seite der Verhandlungen dargestellt. In der Budgetkommission bin ich den Sozialdemokraten mit größter Entschiedenheit entgegengetreten. Ebert

erklärte, wir könnten nicht mehr, und jeder Friede sei besser als die Fortführung des Krieges. Ich erwiderte, wenn wir gezwungen seien, ich Frieden zu machen, so müßten wir einen Unterwerfungsfrieden annehmen, der für uns und unsere Hinterbliebenen Schrecken bedeute. — Minister David: Ich möchte den mir gemachten Vorwurf der Einseitigkeit zurückweisen. Ich habe auf Befehl nur die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu den Vorkämpfern im Hauptauskunftung geschildert. — Helfferich: Wählte der Herr Zeuge, daß Erzberger dem Reichsminister die Absicht eines Vorstoßes mitgeteilt hätte? — Zeuge: Nein. — Helfferich: Ist in der Sozialdemokratischen Partei eine Probebestimmung über die Nichtbewilligung der Kredite vorgenommen worden? — David: Es handelte sich um eine Sitzung des Parteiausschusses, in der man die Bewilligung der Kredite von einer Erklärung der Regierung über ihre Uninteressiertheit an einer Konvention abhängig machte. — Helfferich: Wissen Sie, daß Herr Erzberger den Sturz Weismann Hollweg wollte? — Zeuge: Das konnte ich nicht annehmen, da die Friedensresolution Herrn v. Weismann, wenigstens ihrem Inhalt nach, nicht zum Sturz bringen konnte. Die Resolution selbst ist entworfen in einer Besprechung der vier Parteien. Es wurde ein Untersuchungsausschuß gebildet, dem Gothein, Richtofen, Erzberger und ich angehörten und dem die Formulierung der Resolution oblag. Der Wortlaut wurde von den vier, später drei Parteien gebildet.

Hierauf tritt eine kurze Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause gibt der Vorsitzende folgende Erklärung ab: Ich möchte den Anwesenden nochmals bitten, alle persönlichen Sachen zu unterlassen. In der Öffentlichkeit entsteht dadurch der Eindruck, als ob ich im Ersellen zu viel geheute und der Eindruck der Unparteilichkeit wird dadurch beeinträchtigt. Das ist nicht parteiisch bin, kann ich wohl für mich in Anspruch nehmen. Ich bitte, mich nicht zu zwingen, daß ich mit Ordnungsbefehlen einpreißen muß.

Ersellens Helfferich erklärt hierauf, daß er sich gern den Anordnungen des Vorsitzenden fügen wolle und daß sein Temperament ihn nur manchmal zu Heftigkeiten hinreißt.

Erzbergers Vorentscheidungen.

Es wird hierauf nochmals in die Erörterung des Falles „Oele und Fette“ eingetreten. Es wird daher zunächst Reichsfinanzminister E. Schmidt vernommen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Minister, er habe nicht das Gefühl gehabt, daß es sich um eine Sonderabwendung für die Firma Dönn handelte. — Helfferich: Ist dem Herrn Zeuge vielleicht bekannt, daß die Vorentscheidung für die Kredite in Höhe von anderthalb Millionen von Herrn Erzberger unterzeichnet worden ist? — Zeuge: Ich Herr Erzberger unterzeichnet hat, weiß ich nicht. — Helfferich: Ich möchte den Herrn Nebenkläger fragen, ob es richtig ist, daß noch, während dieser Prozess hier schwebt, zu Händen des Herrn Generaldirektors Rabes vom Abteilungs-Konzept der Betrag von 400 Millionen Mark als Vorentscheidung für den Ausfall der lothringischen Gruben vom Reichsminister Erzberger geteilt worden ist, obwohl die Verhandlungen mit der Regierung darüber noch nicht zum Abschluß gelangt sind? — Erzberger: Ich glaube nicht als Reichsfinanzminister darüber Auskunft geben zu müssen. Auf welchem Thema soll denn diese Frage gebären? — Reichsanwalt Alsbeger: Am Thema „Voraussetzung“. — Erzberger: Ich erkläre, daß ich nie irgendeine Begünstigung ausgesprochen habe. Ueber Engländer kann ich nicht ausfragen. Es handelt sich nicht um die Firma Dönn allein, sondern um alle lothringischen Firmen. Das zuständige Ressort ist das Reichsamt des Innern. — Helfferich: Warum sind diese 400 Millionen ganz plötzlich und überrollend an Direktor Rabes gezahlt worden, der gar keinen Auftrag hatte, sie entgegenzunehmen? Die Verhandlungen zwischen den lothringischen Interessenten und der Regierung sind ja noch gar nicht abgeschlossen. — Erzberger: Es handelt sich um etwa 16 Firmen, die ein Konsortium gebildet haben. Das Gesamtkonzept hat sich mit der Frage beschäftigt und hat die Aktion bewilligt.

Zum Fall der Kali-Mineral-Öelgesellschaft wird Frau Großpiefisch (Hannover) vernommen. Sie gibt an, der Geschäftsführer Rippel habe ihr erklärt, daß Herr Erzberger bereits 10 000 Mark Reingewinn erhalten habe. — Erzberger erklärt, er habe in diese Gesellschaft kein Geld hineingesteckt und sei durchaus uninteressiert.

Zum nächsten Fall „Ein- und Ausfuhr-Geschäfte“ wird Generaldirektor Kötter vernommen. Generaldirektor Kötter sagt aus: Bei einer Zusammenkunft mit Vertretern der landwirtschaftlichen und Textilfabrikantenverbände in Bern machte der Vertreter des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr die Mitteilung, die rätselhafte Ein- und Ausfuhr läre sich dadurch auf, daß auf Veranlassung des Abgeordneten Erzberger das Auswärtige Amt Ein- und Ausfuhr-Geschäfte bewilligte.

Hierauf erfolgt die Vernehmung des inzwischen erschienenen württembergischen Ministers Baumann. Der Minister sagt aus: Kossel war für uns, daß wir Kredite in der Schweiz bekommen. Bei allen Verhandlungen, die wir führten, ist die Frage einer Sanierung des Dr. Dönn nicht erörtert worden. — Vors.: Ein Einwirkung Erzbergers auf das Zustandekommen des Vertrages ist also nicht erfolgt? — Zeuge: Nein. — Hierauf wird noch einmal Regierungsrat Seibold vernommen. — Reichsanwalt Alsbeger zum Reuen Seibold: Bei welchen Einfuhr-Geschäften hat sich Dr. Dönn der Hilfe Erzbergers bedient? — Zeuge: Es handelte sich um drei Einfuhrbewilligungen in Höhe von insgesamt 2 650 000 Franc. Ich fand diese Bewilligung sehr anormal.

Die nächsten Zeugen Dr. Wasserfmann und württembergischer Generaldirektor Hilbrand bringen nichts Neues.

Zum Fall „Rindhandelsverband“ erklärt der nächste Zeuge, Generaldirektor Kötter, daß der Rindhandelsverband Herrn Erzberger einen

Zuschuß von 12 000 Mark

für die Veranbarung des Bureaus angeboten habe. Erzberger habe sich sehr für den Verband interessiert, sei jedoch nicht in Aktion getreten, da er halb darauf zum Staatssekretär ernannt wurde.

Der nächste Zeuge, Abgeordneter Hermann (Neutlingen), hat beim Reichsfinanzminister für die süddeutsche Einlaufsgegenleistung interveniert. Es handelte sich um die Zahlung der Hälfte des schuldigen Betrages in Kriegsanleihe zum Parifurte. Helfferich bringt die Bewilligung dieses Antrages in Zusammenhang mit dem Reichsnotopfer und erweist den Anschein, als habe Erzberger die Stimme des Abgeordneten Hermann kaufen wollen. Hermann und Erzberger weisen diesen Vorwurf sehr erregt zurück. Es wird hierauf Dr. Endemann von der Reichs-Zentral-K. G. vernommen. — Helfferich: Ist es Ihnen bekannt, daß auf Veranlassung des Abg. Hermann durch den Reichsfinanzminister in einem Falle die Gewohnheit durchbrochen wurde, daß Beschlüssen an die Reichs-Zentral-K. G. nur in Mark und nicht in Kriegsanleihe zu erfolgen haben. — Zeuge: Jawohl. Der Verband der Schneider in Nürnberg, der von uns eine Ware in Höhe von 400 000 Mark bekommen sollte, richtete den Antrag an uns, einen Teil der Schuld in Kriegsanleihe zahlen zu dürfen. Wir antworteten ablehnend und verzögerten den Verband an das Reichsfinanzministerium unter Hinweis auf die bestehenden Bestimmungen. Am 30. Dezember erhielten wir vom Finanzministerium, dem wir über den Fall Nürnberg berichtet hatten, den Bescheid, daß Ausnahmen nicht zugelassen werden dürften und daß Zahlungen in Kriegsanleihe nicht möglich seien. Am 10. Januar bekamen wir dagegen abermals ein Schreiben des Reichsfinanzministeriums, in welchem zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Abgeordnete Hermann (Neutlingen) für den Nürnberger Verband interveniert habe und daß ausnahmsweise einmal eine Ausnahme gemacht werden solle, daß aber keinesfalls diese Ausnahme wiederholt werden dürfe. Wir fiel auf, daß die Entscheidung über diesen Ausnahmefall sehr schnell gegangen sein muß. Am 17. Januar vormittags fand die Unterredung zwischen dem Abgeordneten Hermann und dem Reichsfinanzminister statt; am 19. Januar hatten wir bereits den Brief. Am 17. Januar fand auch die Abstimmung über das Reichs-Notopfer statt. — Geheimrat v. Gerbon: Sollten Sie es für möglich, daß Ihre Fraktion durch diesen Entscheid des Reichsfinanzministeriums beeinflusst worden ist? — Zeuge: Nein, die Entsch-

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen. Aufzeichnungen von Hans Müller-Schiller.

Der Junge riß sich los und versetzte Krebsreuter blitzschnell einen Schlag auf die Nase und taunte höhnisch davon.

Krebsreuter taumelte zurück und fing heftig an zu niesen. Wie er aber seinen Gegner laufen sah, setzte er ihm nach und schimpfte erbot:

„Du, Knidstiesel! Du, Schinder-Nas! Du, Satans-fnech! Du, dreidiger Holländer!“

Als er ihn eingeholt hatte, schlang er das Markiney und ließ es dem schreienden Jungen auf den Kopf niederfallen. Im selben Augenblicke aber dachte er daran, daß er Eier im Netz hatte, doch der Schlag ließ sich nicht mehr aufhalten. Ein Klatsch — und der gelbe Dotter lief dem Jungen an beiden Seiten des Kopfes herunter.

Krebsreuter beachtete verblüfft abwärts das Markiney mit den zerbrochenen Eiern und den Jungen, der sich höhnisch die gelbe Bräbe mit dem Rockärmel aus dem Gesicht wusch und davonlief.

Krebsreuters Mut verlor augenblicklich.

„O Gott o Gott, o Gott!“ murmelte er betrübt. „Das wird einen schönen Empfang geben beim Schiffer! Der reißt mir den Kopf ab!“

Rotlos blühte er umher und bemerkte, daß es schon anfing, dunkel zu werden. Langsam, sehr langsam ging er zurück und dachte nach, was er seinem Schiffsheeren als Ausrede für sein Zurückkommen und für die zerbrochenen Eier sagen sollte. In tiefem Nachsinnen blieb er vor einem kleinen Speereisbänken stehen und stierte durch die bleigefärbten grünen Scheiben. Blöcklich hob er die Augenbrauen bis an den Kopfenrand und bliff leise. Darauf trat er in das Lädchen.

Niemand war drinnen.

Krebsreuter machte ein boarmal „hö hm“, aber keiner kam. Er starrte auf den Tisch, aber nichts rührte sich.

„Oh“, dachte er. „Wenn hier kein Mensch ist, dann muß man sich selber bedienen.“

Nachdem aus einem Glase, das auf der Theke stand, ein Kügelchen Weißblau und ging wieder. Hinter sich hörte er jemand herankommen, und als er schon fünf Schritte auf der Straße war, sah er in der Tür eine runde und rötliche Frau stehen, die stehend umherblühte.

„De, Fränke!“ rief er ihr zu und hielt das Waschlau-Kügelchen hoch, „he, ich hab' mich selber bedient. Ich woll' Euch das bloß sagen, daß Ihr es wißt, wenn Ihr es vermißt!“

Die Frau sah ihn dumm an, drehte sich langsam um und schlürfte wieder in den Laden.

„Marjosef, was sind die Deut' hier hartbörial!“ brumpte er, stellte sich in einen Torweg und zog sich den Strumpf vom rechten Fuß, nahm das Blaukügelchen und bemalte das Fußgelenk. Dann zog er den Strumpf wieder an und ging weiter.

Als er wieder onder de Boomjes kam, brannten schon die in langer Reihe stehenden Oellaternen. Krebsreuter holte tief Atem und fing an, auf dem rechten Fuße ganz tänzelnd zu hinken.

Der Schiffer stand auf Deck und erwartete ihn.

„Du, Saunjug!“ rief er Krebsreuter entgegen, wie der über das Gangbord humpelte, „du, Saunjug, wo bist du geblieben??“ „Da ich dir nit gesagt, du sollst in 'ner Stund' wieder an Bord sein?!“ „Du Pommell! Wo hast du dich herumgetrieben? Wart', ich werd' dich!“ — „Wat, du Lotterbus, du willst mir auch noch Spirenzles vormachen?!“

„Oh, leewe Schiffer,“ antwortete Krebsreuter mit kläglichem Stimm und hobte zum Gollterbarmen, „leewe Schiffer, dat sin kein' Spirenzles, wahrhaftig als Gott nit!“

„Wat hast du denn da an dem Bein, dat du so hömpeln mußt, fog!“

„Oh, leewe Schiffer, da ist mir hinten an der Eck', nit weit von dem Kans mit der groken Tür und den Stodvöckchen auf der Fensterbank, ein schmerer Volderwogen über den Fuß gefahren, o jömmich! O jömmich! Auch hier dat Markiney ist drunter gekommen. Alle Eier kaputt! O jömmich, o jömmich!“

„Gott verdammt' mich, wie ist denn dat passiert?“

„Oh, leewe Schiffer, wens ich dat wüß! Ich stund da und dacht' an nix und auf einmal wor ich drunter — mit samt dem Markiney! Alle Eier kaputt!“

„Hast du dir wat zerbrochen?“

„O jömmich, o jömmich, dat kann schon möglich sein! Hö, ou wies! Der Fuß, der Fuß!“

„Tred' dir mol den Strumpf aus. Ich will seh'n, wat ist.“

Unversichtlich zog Krebsreuter den Strumpf herunter und hielt dem Schiffer das Bein hin.

„Seht, Schiffer, es ist als ganz blau angelauten!“

Der Schiffer holte rotz eine Laterne, sah den Fuß, sog ihn an sich und beleuchtete ihn.

„Au, au!“ schrie Krebsreuter und verzog schmerzhaftes Gesicht das Gesicht. „Nit so hart anpacken! Dat tut weh! Au! Hö!“

„Donnerheil, dat sieht verdammt gefährlich aus! Ganz dieß und blau! Sm! Ich will mal drüber reiben!“ sagte der Schiffer und wollte es tun, aber Krebsreuter deckte schützend seine Hände über den gefährdeten Fuß.

„Nee, nee, leewe Schiffer, nit tun! Dat kann ich nit anhalten!“

„Oh wat, halb so schlimm! Nit so pingelich! Komm her!“

„Ich bitt' Euch, leewe Schiffer, nit drüber reiben! Wat anders! Nit reiben!“

„Dann wollen wir 'nen kalten Umschlag machen. Dat hilft und tut nit weh.“

Damit lief der Schiffer in die Kajüte, um ein Tuch zu holen.

„Schiffer, es ist nit nötig! Der Fuß ist schon beige-schlagen!“ rief ihm Krebsreuter nach, aber vergebens.

Der Schiffer kam wieder mit einem weichen, nassen Tuch und wollte es um den überfahrenen Fuß wickeln, aber Krebsreuter sagte schnell:

„Es ist wahrhaftig nit nötig, Schiffer! Ich fühl' als gar nit weh, Schiffer! Wahrhaftig nit!“

„Ruhig! Dat Tuch mußt drum!“

„Aber dat könn' am End' gor nit gut sein auf den glähbia heißen Fuß dat kalte, nasse Tuch!“

„Dobon versteht du nix! Ruhig! Dat Tuch mußt drum! Ten Fuß her!“

„Ich hol' mir aber den Schnupps und den Pipps und Gott weiß wat für 'ne Krankheit!“

Der Schiffer aber nahm ohne weiteres den Fuß und wickelte das Tuch fest darum.

„So. Und jetzt einen Augenblick still sitzen geblieben und nit gerührt, verstanden!“

Krebsreuter antwortete nichts. Er dachte mit Angst und Schrecken an das dicke Lauende, das ohne Zweifel kommen mußte.

Der Schiffer wickelte noch einiger Reiz das Tuch von dem Fuße ab und als er die Laterne hob, sah er zu seinem grenzerlecken Stouren, daß es sich blau gefärbt hatte.

„De, wat soll dat bedeuten, Jung?“ fragte er und blühte Krebsreuter ins Gesicht, denn es war ihm ein Licht aufgegangen.

„Vold färbten sich bei Krebsreuter noch andere Körperteile braun und blau, diesmal aber waschecht!“

(Fortf. folgt.)

Dung über das Reichsnotopfer hatte auch schon am Abend vorher stattgefunden.

Zum selben Punkt wird auch Direktor Werken vernommen. Er sagt aus, daß ihm von verschiedenen Seiten über

Erzberger's Einfluß im Kriegsministerium

Mitteilungen gemacht worden seien. Erzberger wurde als der Mann bezeichnet, durch dessen Einfluß die Kriegs-Koststoffabteilung des Kriegsministeriums ins Leben gerufen wurde. Ueber den Einfluß des Ministers Erzberger im Kriegsministerium wird dann noch Hauptmann v. Stephan vernommen. — Helfferich: Wollen Sie etwas über die Einwirkung des Ministers Erzberger nach seinem Ausscheiden aus der Firma Berger zugunsten eben dieser Firma beim Kriegsministerium? — Zeuge erklärt, Erzberger habe in Sachen einer Nachtragsforderung der Firma von einer halben Million beim Kriegsministerium interveniert. Kommerzienrat Berger schrieb an Herrn Erzberger folgendes: Ein. Erzählung bitte ich, in Erinnerung an unsere frühere Verbindung, dem Vorgang Ihr freundliches Interesse entgegenbringen zu wollen und meine Bestrebungen beim Kriegsministerium zu unterstützen und zu unterstützen... Der Brief ist datiert vom 27. Januar 1919. Am gleichen Tage schrieb Staatssekretär Erzberger an Kriegsminister Reinhardt: Ich gestatte mir, Ein. Erzählung das Schreiben der Firma Berger beizufügen mit der Bitte, eine außergerichtliche Verhandlung herbeizuführen. — Forti. (zu Erzberger): Haben Sie als Staatssekretär noch geschäftliche Beziehungen zur Firma Berger? — Erzberger: Ich hatte nur meinen Aktienbesitz. — Forti: Inwiefern hatten Sie doch geschäftliche Interessen. — Helfferich: Der Herr Nebenkläger hat nämlich unter seinem Eide ausgesagt, daß er nach seinem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat für Berger nicht mehr interveniert hat. — Erzberger: Das war doch keine Intervention. Ich habe lediglich den Brief weitergegeben. — Rechtsanwalt Hübner: Aber Sie haben sich nicht lediglich auf die Rolle des Briefträgers beschränkt. — Hauptmann v. Stephan: Um eine einfache Weitergabe des Bergerschen Briefes kann es sich nicht handeln. Es war vielmehr eine Befürwortung. Auch wußte Berger davon. Denn als ich Kommerzienrat Berger erklärte, ich könne Erzbergers Brief im Kriegsministerium nicht finden, sagte mir Berger: Erzberger hat ihn befürwortend weitergegeben, ich weiß das ganz genau. Erzberger wird mich doch nicht anfügen. — Helfferich: Ich möchte den Herrn Nebenkläger fragen, ob er dem Kriegsminister mitgeteilt hat, daß er Aktien der Firma besitzt? — Erzberger: Ich kann mich nicht erinnern, daß ich mit dem Kriegsminister überhaupt gesprochen habe. Im übrigen passiert es jedem Minister, daß er Gesuche bekommt, die er befürwortend weitergibt. — Helfferich: Mir ist es als Minister nie vorgekommen, daß ich von meinen Kollegen Gesuche mit Empfehlungen bekam.

Hiermit ist die Beweisaufnahme geschlossen und die Verhandlung wird auf Dienstag vormittag 9 1/2 Uhr vertagt. Am Dienstag wird die Staatsanwaltschaft plädieren. Voraussichtlich werden diese Maßnahmen den größten Teil des Tages ausfüllen. Die Verteilung wird am darauffolgenden Verhandlungstage zu Wort kommen, während die Anwälte Erzbergers zuletzt sprechen werden.

Groß-Berlin

Wächung vor Spirituosenfälschungen!

Das Landespolizeiamt beim Staatskommissar für Volksernährung weiß darauf hin, daß zurzeit Spirituosen ein überaus begehrtes Gegenstand des Schleichhandels sind. Unlasterische Leute bedienen sich in erfreulicher Weise gesundheitsfördernden und lebensgeheimlicheren Flüssigkeiten, um die harte Nachfrage nach Spirituosen auszunutzen. Oft wird versucht, dem Brennspiritus Vergällungsmittel zu entziehen, meist in höchst unvollkommenen Weisheiten, so daß der widerliche Geschmack und Geruch durch Zusatz von Essenz und ätherischen Ölen (Pfefferminöl und Anis) verdeckt wird. Aber selbst bei fachmännischer Behandlung läßt sich aus Brennspiritus ein einwandfreier Trinksprungetwein nicht herstellen. Das Erzeugnis wird immer mehr oder weniger hart widerlich schmecken und stets gesundheitsgefährlich sein. Ungeheuerlich aber ist es, daß gewissenlose Personen auch aus Methylnalkohol mit Hilfe von Essenzen sogenannten Kognak oder andere Spirituosen herzustellen. Methylnalkohol ist ein schweres Gift; ein mit ihm angefertigtes Getränk auch nur in geringer Menge kann vollständige Erblindung, ja qualvollen Tod verursachen. Der Methylnalkoholgeruch ist dabei äußerlich kaum erkennbar. Der Geruch dieses Stoffes ist zwar scharf und eigenartig, wird aber meist durch genügende Verdünnung und Zusatz von verdeckenden Geruchstoffen beseitigt. Das Vorkommen von Methylnalkohol kann nur chemisch festgestellt werden. Die zuständigen Polizeibeamten haben Vorschriften erhalten, sich über die Eigenschaften des Methylnalkohols zu unterrichten und danach zu verfahren, und insbesondere die staatlichen Nachforschungsstellen in Berlin, Potsdam, Frankfurt a. O. und Stettin in Anspruch zu nehmen, sobald sie verdächtige Erzeugnisse auffindern.

Statt Junggefellensbesteuerung Besteuerung der Ehe!

Nach den Steuerföhen des neuen Reichseinkommensteuer-Gesetzes entwarfes wird eine erhebliche Besteuerung der Ehe vorgelesen. Wenn ein junger Mann und ein junges Mädchen, die beide ein eigenes Einkommen haben und dieses getrennt besteuern, betreten, so müssen sie ihre Einkünfte zusammen veräuern und haben in diesem Falle eine bedeutend höhere Steuer zu zahlen, als wenn sie, ohne zu heiraten, in sog. wilder Ehe leben, d. h. sie verdienen je 5000 M., dann zahlen sie je 910 M. — 1820 M. Steuern, betreten sie, so zahlen sie von ihrem je:

gemeinsamen Einkommen von 10000 M. 2480 M. Steuern, d. h. 610 M. mehr, bei einem Kind 338 M. mehr, bei zwei Kindern 477 M. mehr, bei vier Kindern 820 M. mehr, bei sechs Kindern 104 M. mehr als vorher; bei höheren Einkommen sind diese Differenzen noch bedeutend größer. Das bedeutet eine in der jetzigen Zeit ganz ungerechtfertigte Erhöhung der Familienbelastung. Es ist ohnehin schon für junge Leute heutzutage eine Unmöglichkeit, sich Möbel, Wäsche und Hausrat bei der Heirat auf einmal anzuschaffen, sie sind vielmehr gezwungen, sich ihre Einrichtung mühselig Stück für Stück im Laufe von Jahren anzuschaffen, ganz abgesehen davon, daß sie im Falle, daß Kinder da sind, viel größere Ausgaben haben, wie Unverheiratete. — Um so unerbittlicher erscheint daher das Vorgehen des Steuerleges, die Last der Ehen, die zu vergrößern doch nur im Interesse des Staatswohles liegt, durch eine Extrasteuerung herabzusetzen und die Einrichtung der wilden Ehen zu begünstigen und zu erleichtern zu ungunsten der Verheirateten. Sollte es nicht möglich sein, getrennte Einkommen bei Verheirateten getrennt zu besteuern oder, wenn schon der Staat keine Steuereinnahmen nicht herabmindern kann, die unverheirateten Steuerpflichtigen jährlcher zu erlassen zugunsten der Verheirateten?

Aufhebung einer Pflanzmünzwerkstatt. Die Kriminalpolizei hat im Hause Ritterstr. 96 eine neue Pflanzmünzwerkstatt ausgehoben. Dort hatte der Kaufmann Alfons Lorenz durch eine porzellanene Person einen im Gedächtnis des Hauses liegenden kleinen einstufigen Raum gemietet und sich in ihm eine vollständige Druckwerkstatt eingerichtet. Hier war der Druck von Zwanzigmarknoten in falschen Scheinen gerade begonnen worden, als der Leiter der Reichsbankfalschabteilung mit seinen Beamten die Pflanzmünzwerkstatt bei der Arbeit überraschte. Als Mitarbeiter des Lorenz wurde ein Werkmeister Dietrich, der Faden Erich Steinmann und ein in Schieberreifen sehr bekannter Kaufmann Hermann Wilitzsch sowie der Arbeiter Willi Derlow verhaftet.

Die Kanalisationsabgabe, die von den Hausbesitzern an die Gemeinde entrichtet, aber natürlich durch die Mieten wieder eingezogen und tatsächlich von den Mietern getragen wird, wurde in Berlin im Herbst 1919 von 2 Prozent des Grundstücknutzungs-wertes auf 2 1/2 Prozent erhöht. Inzwischen haben, wie der Magistrat in einem dem Stadtoberordneten vorgelegten Antrag begründend ausführt, das sprunghafte Herausgehen der Preise für Betriebsstoffe, insbesondere für Kohlen und Zement, die Erhöhung der Preise der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Verteuerung aller Bauausführungen um das Mehrfache die Verhältnisse noch ungünstiger gehalten, so daß bei den Kanalisationswerten und Kiezgebühren sich für das Rechnungsjahr 1919 ein Fehlbetrag von 7 bis 8 Millionen Mark ergeben dürfte. Für 1920 läßt das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe sich nur ermöglichen, wenn die Kanalisationsabgabe auf 8 Prozent erhöht wird. Dabei ist die Steigerung des durchschnittlichen Nutzungswertes pro Grundstück von 17000 M. auf 18500 M., aus der ohnedies eine Erhöhung auch des Gebührentrages folgt, schon berücksichtigt. Bei durchschnittlich 18500 M. wären 2 1/2 Proz. gleich 462 1/2 M., 8 Proz. gleich 1110 M. pro Grundstück und Jahr. Der tatsächliche Gebührentrag wird bei den einzelnen Grundstücken in den Arbeiterquartieren meist unter jenem Betrag liegen. In den Geschäftsquartieren mit ihren reichen Erträgen an Lebensmittel wird natürlich auch die Kanalisationsgebühr entsprechend höher sein.

Für die Koffelbrenner im Erzgebirge. Konto: Brauerei Staatsbank, Markgrafentrag, bisher eingegangen: 20 900 M., ferner: Mathes Radiken 10000; Bräudobau Sirsch 1000; Graf, Berno, 30,20; Weg, Steglitz, 20; Frau Herzfurth, Friedenau, 10; Frau Lippelt, Braunschweig, 10; Eißel, Berlin, 90; Koh, Köpenick, 50; Ebert, Altensura, 100; Dr. Stocwer, Schöneberg, 100; Bernstein 100; Dausig 10; Dr. Meibers, Giesebau, 50; Stad u. Co. 200; Dr. Philipp Leberer 25; Alfred Hubermacher 20; Heinrich Otto 40; Brinmann 10; Sacke, M. d. R., 100; Ungenann 40; Dr. Sauter, Pargwedel, 7; Sirsch, Braunschweig, 20; Schulbuchhandlung (Kaiser-Friedrich-Str.) 20; Personal Schneidewind 78. Zusammen: 82 018,20 M.

Vermischte Lokalnachrichten.

Im Sonntagsverkehr auf der Strecke nach Neuruppin tritt vom 7. d. Mts. ab eine Zugvermehrung ein. Von diesem Tage ab werden die Züge 653, ab Stettiner Bahnhof 6:57 vorm. nach Rauenburg, an 12:55 Mittags, und 643, ab Rauenburg 8:45 nachm., an Stettiner Bahnhof 9:43 abends wieder regelmäßig verkehren. — Der Eisenbahnarbeiter Henle unterhielt mit dem Eisenbahnarbeiter Holzappel unerlaubte Beziehungen. Holzappel wollte den Verkehr mit Henle immer ununterbrochen, wurde aber von diesem ständig verfolgt. Als Sonntagmorgen Henle an der Wohnung Holzappels klingelte, versuchte dessen Mutter ihm den Einlass zu verwehren. Henle ließ aber die Frau beiseite, stürzte in das Zimmer, in dem Holzappel noch im Bett lag, und feuerte mehrere Schüsse auf ihn ab. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und erschoss sich. Holzappel liegt durch mehrere Schüsse getroffen schwer darnieder.

Gewerkschaftsmitglieder! Für das Deutsche Theater, Schumannstr. Sonntag 2 Uhr: Raalohs Traum, Karten zu sehr ermäßigten Preisen Engelstr. 15, I, Zimmer 13, montags 5—7 Uhr.

Brig. Der nächste Jugend-Unterhaltungabend findet Mittwoch, 7. Mts., in der Aula der 1. Gemeinschafts, Berlin-Brig., Chausseest. 186/7, statt. Es wird ein Lichtbildvortrag über „Märkische Landschaftsbilder“ mit circa 100 farbenprächtigen Aufnahmen gehalten werden. Der Abend wird vom Gemeindegewandamt veranstaltet für die männliche und weibliche jugendliche Jugend sowie für die älteren Schüler und Schülerinnen von 9 Jahren an. Auch die Eltern der in Frage kommenden Jugendlichen können teilnehmen. Das Eintrittsgeld beträgt 30 Pf.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Marienborf. 1/2 Pfd. Wurmlebe (N und O). Für Personen über 65 Jahre 400 Gramm Stück.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Mts. Eltern, deren Kinder die 45., 8., 1. und 43. Gemeindefürsorge besuchen, treffen sich heute 7 Uhr bei Eisele, Köpenick 1. Bezirksführer und Helfer zur selben Zeit im selben Lokal Versammlung. Wohlwollen wollen sich beim Genossen Hofmannstr. 12, melden.
- 6. Mts. Donnerstag, 6. Mts., 11 Uhr, versammeln sich unsere Kämpfer der 183. und 149. Gemeindefürsorge sowie alle Mitglieder der Bezirke: 98, 94, 95, 96, 97 bei Schaller, Wilhelm-Alexis-Str. 17; desgl. für die 91. und 101. Gemeindefürsorge und der Bezirke 75, 98, 99, 105, 106, 107, 108, 109 und 110 bei Schull, Marienborf-Str. 5.
- 10. Mts. Mittwoch 7 Uhr Sitzung der Partei- und Betriebsfunktionäre, sowie der Elternbeiratsfunktionäre bei Karl Wolf, Hocker-Str. 44.
- 24. Mts. Mittwoch 7 Uhr Besprechung der Gruppen- und Bezirksführer über Elternbeiratswahlen bei Köhner, Himmelsstr. 25.
- 29. Mts. Deuts 8 Uhr bei B. Burg, Prenzlauer Allee 189: Sitzung der Parteifunktionäre.
- 32. Mts. Mittwoch 7 Uhr bei Hiesler, Stargarder Str. 3 und Ratter, Kleiner 45, Ausgabe von Handzetteln für die Elternbeiratswahlen.
- 33. Mts. Deuts 7 1/2 Uhr: Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsleiter bei Daaf, Schweinender Str. 22.
- 37.—41. Mts. Allgemeine Funktionärsitzung der Bezirksführer, Betriebsleiter und Betriebsfunktionäre Mittwoch 7 Uhr im Hagenhofer, Strom-, Ede-Tumstr. 17.
- 44. Mts. Mittwoch 7 1/2 Uhr Elternversammlung in der Schulau, Prinzenallee 8. Referent Genosse Lehrer Springer.
- 5. Mts. Donnerstag, 7. Mts., 11 Uhr, Versammlung, Gewerkschaftshaus, Tagesordnung: Unsere Stellungnahme zu den Betriebsrätemahlen. Referent: Genosse Drolat.
- Angehörige des Siemens-Konzerns. Funktionärsitzung Mittwoch 4 1/2 Uhr bei Marland, Siemensstadt.
- Beamten-Verbandskassen S. V. D. heute 7 Uhr Bellevuestr. 7, 2 Trp. rechts: Redebungen.
- Katzen, Genossinnen! Rednerinnenkurs (M. Juchacz) Mittwoch 6 Uhr (pünktlich) im Varietevorstandshaus, Lindenstr. 3, I. Hof IV.
- Schwerhörigengruppe. Mittwoch 7 Uhr: Versammlung in der Landkammerstraße, Wilmstr. 49, Hof links II. Vortrag des Genossen Heiler über: Die politische Situation. Schwerhörige, Genossen, Gewerkschaftler und „Vorwärts“-Leser sind eingeladen.
- Schöneberg. Morgen Mittwoch, 8. Mts., bei Klugewitz, Weininger Str. 8, für die 1. bis 6. Mts.: Gemeindefürsorge-Versammlung, Referentin Genossin Janke. — Für die 7. und 8. Abteilung, bei Groß, Sedanstr. 17. Referent: Genosse Gernitski.
- Reinickendorf. Elternversammlungen sämtlicher höheren Schulen am Donnerstag 7 Uhr in den Aulen der Oberrealschule, Sauer-Str. 134—137, und der Mädchen-Mittelschule, Domantur, 127. Thema: Schule und Haus.
- Prenzlauer. Morgen Mittwoch, 8. Mts., bei Becker, Lindenstr. 20: Versammlung. Vortrag des Abg. Stahl, Spandau über: „Die politische Lage“.

Bildungsveranstaltungen.

Steglich. Sitzung des Bildungsausschusses heute 8 Uhr, Deutsches Institut, Schützenstr. 33. Bezirksführer müssen bis zur Vorstandssitzung vom Buntten Familienabend mit Gen. Stahl abrechnen. Eintrittskarte zur Nachememorierung mit Lichtbildern am 7. März, 5 1/2 Uhr, Aula der Oberrealschule, Eisenstraße, zu 30 Pf. bei den Bezirksführern.

Jugendveranstaltungen.

Zentraljugendheim. Lindenstr. 8. Gelang- und Spielabend. — Hermann, K. Lemmer, Wallstr. 2. Les- und Vortragabend. — Wahlstr. 75. Gemeindefürsorge. Mitgliederversammlung. Vortrag: Internationale Jugendbewegung. — Niederbarnheim. 1. Gemeindefürsorge. Vorträge. — Mitgliederversammlung. — Niederbarnheim. 1. Gemeindefürsorge. Vorträge. — Mitgliederversammlung. — Reinickendorf. 1. Gemeindefürsorge. Vorträge. — Mitgliederversammlung. — Weihenauer, Soelipromenade 1. Die deutschen Klassen (Lesung).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Dienstvermittlung Ulten II. Donnerstag 7 1/2 Uhr Brauerer Weiserberg, Frankfurter Allee 218, Monatsversammlung. — Friedensbund der Kriegsteilnehmer, Bezirksgruppe Südwest. Mittwoch 7 1/2 Uhr Restaurant Riedel, Ratzbachstr. 1, Mitgliederversammlung. Käse milkommen.

Aus aller Welt.

15 Schüler als Diebstahls. Die Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. verhaftete, wie uns unser Korrespondent berichtet, 15 Schüler, die in einem Hause des Stadtteils Sachsenhausen ein riesenlager von gestohlenen Kassenmitteln verborgen hielten. Das Lager umfaßte bedeutende Mengen von Morphium, Opium, Salbarian, Kokain, Ätherin und Quecksilber. Der Wert des Lagers beziffert sich auf Hunderttausende. Eine Bebelstrafe in Köln. Wie die Rheinische Zeitung mitteilt, beabsichtigt die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion zu beantragen, daß eine Straße in Köln „Deug“, in der Nähe der Geburtsstätte Bebel's, dessen Namen erhalte. Die bayerischen Briefmarken werden bald verschwinden, da die Reichspost auch auf Bayern ausgebeutet wird. Koch knapp vor dem Ende hat Bayern neue Marken herausgebracht. Der Bürgermeister von Wien, Genosse Reumann, teilt uns zu einer Notiz, die am 10. Februar im „Vorwärts“ erschienen ist, berichtend mit, daß die Stadt Wien nicht an eine Verpachtung ihrer Unternehmungen denkt. Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Im Binnenlande überwiegen heiter und trocken, am Tage überall sehr mild, im Küstengebiet veränderliche Bewölkung und stellenweise etwas Regen.

An unsere werten Abnehmer und Verbraucher!

Die ganz erhebliche Steigerung sämtlicher Betriebskosten, die gewaltige Erhöhung aller Rohmaterialien und Blechemballage, die enorme Verteuerung der Frachtpesen in Verbindung mit dem außerordentlichen Tiefstand unserer Mark zwingt uns leider, die Verkaufspreise unserer Artikel mit diesen Mehrkosten in Einklang zu bringen und eine entsprechende Erhöhung vorzunehmen.

Die unterzeichneten Firmen sind bisher stets bestrebt gewesen, nur erstklassige Fabrikate in den Handel zu bringen und bitten daher die verehrlichen Konsumenten, auch zu den neuen Verkaufspreisen ihren Fabrikaten das gleiche Interesse entgegenzubringen, in der Erkenntnis, daß

das Beste stets das Billigste ist.

Urban & Lemm, Chemische Fabrik, Charlottenburg
Urban - Schuhputz ::: Blendol - Metallputz ::: Blendax - Scheuerpulver
Chemische Werke Lubszynski & Co. Akt.-Ges., Berlin-Lichtenberg
Servus - Schuhputz ::: Kaol - Metallputz
Siegel & Co., Chemische Fabrik, Köln-Braunsfeld Sidol - Metallputz.
General-Vertreter: Emil Staeves, Berlin NW 23, Bachstraße.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Mitt. 12: Sinfonie-Mittagskonz.
Abends 7 1/2 Uhr

VIII. Sinfonie-Konzert.
Schauspielhaus.
Friedrich der Große.
I. Teil: Der Kronprinz.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Keimnager.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Der lebende Leichnam
Mitt. 7 1/2: D. Sendung Semais.
Kammerspiele.

7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora
Mitt. 7 1/2: Frühlings Erwachen.
Gr. Schauspielhaus.
Karlstraße.

7: Hamlet (18. Abt., 2. Ab.)
Mitt. 7: Hamlet (19. A., 2. A.)
Theater I. d.
Königgrätzerstraße

7:15: Stützen der Gesellschaft.
Mitt. 7: Schloß Wetterstein
Donn. 7: Schloß Wetterstein
Komodienhaus

1 1/2 Uhr: „Sle“
Mitt. 7: „Sle“
Donnerstag: „Sle“
Freitag: „Sle“
Sonnabend, zum ersten Male:

Der Herr Minister.
Komödie von Paul Schirmer.
(Max Patzelt, Fr. Richard,
Heinz Stiede, Rosefeldkirch,
Grete Diercks, Gustav Botz,
W. Hollmann, Fr. Lehndorff.)

Berliner Theater
7 Uhr: Der letzte Walzer.
Fritz Hassary, Otto Storm,
Hans Wassmann.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Fräulein Puck.
Deutsches Opernhaus
6 1/2 Uhr: Der Prophet.
Die Tribüne

7 1/2 Uhr: Franziska.
Eden-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin
Friedr.-Wilhelmst. Th.

7 1/2 Uhr: Der Raub der Europa
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie.
Kl. Schauspielhaus.

7 1/2 Uhr: Die unberührte Frau
Komische Oper
7:20 Uhr: Dichterliebe.
Lustspielhaus
Arnold Rieck in:

7 1/2 Uhr: Der Großstadt-Kavaller
Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill
Neues Operettenhaus
Mia Werber als Gast in:

7 1/2 Uhr: Die kleine Hebel.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Der Bund der Jugend.
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Die närrische Liebe
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Der Pflanzgarten
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin
Waller-Theater
7:15 Uhr: Eine Ballnacht.
Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr: Csárdásfürstin.
Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich 1 1/2 Uhr:

Evchen Humbrecht.
Mittwoch 4 Uhr: Rotkäppchen.
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Sonntag 4: Der gute Ruf.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 1 1/2 Uhr:
Femina.
Mitt. 4 Uhr: Max u. Moritz.
Sonnab. 4: Hansel und Gretel.
Sonntag 4 Uhr: Johannistag.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: Gyges und sein Ring.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/2 Uhr: Pygmalion.
Mitt. 7 1/2: Pygmalion.
Donnerstag 7 1/2: Pygmalion.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Menagerie
Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus.
Karlstr. - Schiffbauerdamm

Das neue Märzprogramm
Oscar Sabo
Valeska Gert
Nady Christians
H. H. v. Twardowski
Hans von Wolzogen
Irmgard Bern
Danny Oßner d. J.
Marie Lud

Musik. Leit.: Friedr. Holländer.
Filmconference
Karrikatorenfilm v. Walt. Trler
Eröffnung 7 1/2, Beginn 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Lothringenstr. 37. Tägl. 7 1/2, 8, 9 Uhr.
Des großen Andranges wegen
noch kurze Zeit verlängert!
Über 100 mal aufgeführt.

Schniepels Lene
und ersteklassige Spezialitäten
Sonntag 7 1/2: Die Wunderkur
Folies Caprice
Eck, Friedrich- u. Linienstraße

Täglich 7 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau
Zwangsquartierung.
Oh dieser Nock!
mit Ferdinand Gröneck
in den Hauptrollen.

Olympia-Theater
(früher Voltz, Badstr. 55)
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:
Die spanische Fliege
Schwank in 3 Akten.

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Söllman
2 Uraufführungen 2

Der Schuß
aus dem Fenster.
Groß. Detektiv-Abenteuer
in 5 Akten.
Hauptrolle:

Hans Albers
Ria Jende.
Augen.
Spannendes Film-Drama
in 4 Akten.

Schildert das Schicksal
eines Mädchens, das im
Banne der Hypnose zum
Werkzeug eines Hoch-
staplers wird.

Residenz-Ka-ino
u. Blumen-Diele
10 Blumenstraße 10.
Tanz u. Kabarett

METROPOL
KABARETT
BEHRENSTR. 53-54
Allabendlich 7 Uhr:
John Hamilton
Fritz u. Bobby Link
Eleana Schlüter-
Grünitz

Marga u. Egon Leron
Max Goldberg und
Carmen Kahlig-Goldberg
Ein nächtlicher Gast
Hansl Etzer
Paul Goldner

Walter Steiner
Geza Varady Truppe
Grete Russ
Dougan
Kapelle Mundi Neumann.
Am Flügel: E. Neuschel.

Reichshall.-Theater
Jeden Abend 7 1/2 und
Sonnt. 11.30 Uhr:
Stettiner
Sänger.
Stadtmittags-
konzerte

Die Geschlechtskrank-
heiten u. ihre Folgen
Medizinischer Belehrungsfilm der Kulturbewegung
der „Ufa“ mit erläuterndem ärztlich. Begleitvortrag
Jeden Freitag u. Sonnabend 4 1/2 Uhr nachm.
Sonntag 12 Uhr mittags
Ufa - Lichtspiele Tauenzienpalast
Tauenzienstr. 18 / Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

Jeden Montag u. Dienstag 4 1/2 Uhr nachm.
Kammerlichtspiele, Potsdamer Platz
Jed. Mittwoch u. Donnerstag 4 1/2 Uhr nachm.
U.T Alexanderplatz
Vorverkauf 11 bis 12 Uhr
Sämtliche Vorstellungen zu ermäßigten Preisen!

APOLLO-THEATER Friedrichstr. 218
— Dir. James Klein —
Auslands-Varieté-Sensationen März 1920
Die ersten **Japaner** in Berlin
4 **Williams Cowboy-Lasso** Spiele mit Pferden aus Kristiania
Amerikanische **Puppenspieler** vom **Royal Orpheum**
Sylvester **Cremo** Familie Wieder in Deutschl. Meister-Ikarier
Miss Kindi und Partner **Zahnflug** mit hängenden Menschen durch den Zuschauerraum
Außerdem: **Mary Blanka**, Meisterjongleuse; **Wili**, das Unikum; **6 Irantatos** usw. Tageskasse ab 10 Uhr ununterbrochen geöffnet. Rauchen gestattet.

Großes Schauspielhaus
Direktion: **Max Reinhardt**
Das Abonnement für die nächste Spielzeit ist aufgelegt
Sechs Abendvorstellungen / Sechs verschiedene Stücke
Goethe: **Egmont** / Schiller: **Die Räuber** / Shakespeare: **Ein Sommernachtstraum** / Calderon: **Das Leben ein Traum**
Romain Rolland: **Danton** / Gerh. Hauptmann: **Florian Seyer**
Änderungen vorbehalten
Preise der Plätze für die sechs Vorstellungen:
Logen 67,80 M. — also 11,30 M. pro Abend (Kassenpreis 24,60 M.)
Parkett 67,80 M. — also 11,30 M. pro Abend (Kassenpreis 24,60 M.)
Balkon 50,40 M. — also 8,40 M. pro Abend (Kassenpreis 17,60 M.)
1. Ring 32,40 M. — also 5,40 M. pro Abend (Kassenpreis 8,90 M.)
2. Ring 19,20 M. — also 3,20 M. pro Abend (Kassenpreis 5,40 M.)
3. Ring 12,60 M. — also 2,10 M. pro Abend (Kassenpreis 3,20 M.)
In diesen Preisen ist die Luftschiffsteuer bereits enthalten
Bei der Organisation des Abonnements ist dafür Sorge getragen, daß auch Abonnenten früherer Vorstellungen höhere Aufführungen eines Werkes erhalten. Das Abonnement ist übertragbar. Der Verkauf der Abonnements findet im Großen Schauspielhaus von 9-4 Uhr (auch Sonntags) u. an der Theaterkasse H. Weichsel, Leipziger Str., statt.

UFA Lichtspiele Tauenzienpalas
Definitiv letzte Woche!
Wochen-Zyklus
Die Herrin der Welt
Titelrolle: **MIA MAY**
Künstlerische Oberleitung: **Joe May**
Hauptrollen: **Mia May / Hans Mierendorf**
Michael Bohnen / Paul Hansen / Ernst Hofmann
Dienstag, 2. 3. 5. Teil / Donnerstag, 4. 3. ... 7. Teil
Mittwoch, 3. 3. 6. Teil / Freitag, 5. 3. 8. Teil
Beginn: 7 und 8 1/2 Uhr / Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

UFA THEATER UFA
Wochentags ab 7 Uhr / Sonntags ab 4 Uhr
Die gefährvolle Wette
Ein kriminalistisches Rätsel in 5 Akten
Ganz der Großpapa mit **Konrad Dreher**
Kammerlichtspiele **Die Herrin der Welt**
4 Wochen-Zyklus
Titelrolle: **Mia May** / Künstlerische Oberleitung: **Joe May**
Vom 27. Febr. bis 1. März: 7. Teil: **Die Wohltäterin der Menschheit**
Hauptrollen: **Mia May / Hans Mierendorf / Paul Hansen / Ernst Hofmann**
Vom 2. bis 4. März: 8. Teil: **Die Rache der Maud Ferguson**
In den Hauptrollen: **Mia May / Hans Mierendorf / Ernst Hofmann**
In den Kammerlichtspielen: **Pressa, Ehren-, Dauer- und Freikarten u. gültig!**
Hasestraße / Alexanderplatz u. Weinbergsweg 6
Henny Porten in **Die Marchese d'Armani** mit **Pola Negri** Regie: **Alfred Helm**
Monica Vogelsang Hundemachen mit **Ossi Oswald** Regie: **Rudolf Siebrach**
Schneeberg **Grete Freund** und **Felix Basch** in **Mascotte** nach Leo Lelpeigers Roman „Sulhas Aah“
Prinzesschen mit **Lotte Neumann**
Kurfürstendamm 20 **Der Fackelträger** mit **Asta Nielsen** Lilli Jacobson u. Alf Blüthner U.T. Kurfürstendamm / U.T. Nollendorfsplatz **Ganz der Großpapa** mit **Konrad Dreher**

Circus Busch
Dienstag, 2. März, 7 1/2 Uhr
Zum 150. Male:
Tragikomisch-Pantomime
„Aphrodite“
in 3 Akten
von **Paula Busch**
inszeniert
von **Georges Hanvalet**
Vorher: **Das neue März-Programm!**

BILD
Potsdamer Str. 28
Turmstr. 12
Henny Porten
in **Monica Vogelsang.**
Friedens-, Rheinstr. 14
Tötet nicht mehr
Alexanderplatz-Passage
Eva May in:
Die Fee von St. Ménard.

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 11814.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Silbe-Sänger.
9 ehem. Mitgl. der
Stettiner Sänger-
Sonn. nachm. 3 U.
ermäß. Preis. (voll.
Abend-Programm.
Blüthen-Konzert.
Beginn 7 1/2 Uhr.
Zum Schluß:
Die Lieben Verwandten.
Vorverk. 11-1 1/2 u. 4-6 Uhr.

Eichhoffbauer
Volkvariété
Warschauer Str. 34/36.
Täglich
7 erstklassige 7
Variété-Nummern
Die neue Burleske:
Die Etagère.

Theater I. d. Königgräber Str.
Morgen Mittwoch, 3. März, 1/2 8 Uhr:
Zum 100. Male:
Schloß
Wetterstein.
Schauspiel in 3 Akten von **Franz Weidlich.**
Hauptdarsteller: **Marie Oesth, Hanna Halbe,**
Johannes Kiemann, Ernst Demburg, Paul Hechtel,
Kirchardt Gert, Fritz Hoffen, Kurt Weber,
R. U. Admet, John Rapp, Hugo Bauer.

Schau-Burg
am Potsdamer Pl. • Königgräber Str. 121
Filmschau.
Die Gespenster
von **Gardenhall**
5 Bde n. einem Roman v. Rob. Krafft
Hermann Vallentin
Erika Glöhner
Bruno Eichgrün
Regie:
W. Wauer
Bühnenschau
ab 1. März:
Persönl. Gastspiel
Lotte Wertmeister
Paul Westemeier
in der Operette
Rosenstock u. Edelweiß
von Julius Bauer. Musik von Franz Behr.

Variété-Café Moritzplatz
Oranienstr. 53-55 Dir. H. Korant
Künst. Leit. Hellmuth Derodsen. Orchest. Georg Wähler
Das große Weltstadtprogramm
Reinach u. Part. x Rich. Springer x 3 Ferandis
Geschw. Smiles x 2 Wendels x Behrwall u. Part.
Karl Steininger x Hill und Hill
4 1/2-7: Tanz-Vorführungen
8 Neuhäuser-Bildards Likörstube

Treibriemen!
Wir stellen die Reibbänder unseres Herstellers **Doogre** an
Kolliermaschinen in Größen von 25 bis 100 mm, bewährte
Treibbänder zum Reiblauf, Befestigung in einem Einsteckbohrer
gefertigt. Interessenten bitten wir, sich mit uns in Verbindung
zu setzen.
Berlin, Britz 1920. 320/8

Aktiengesellschaft
für chemische
Produkte vormals
H. Scheidemann
Berlin.
Hierdurch laden wir unsere
Aktionäre zu der am **Sonn-**
abend, 26. März 1920,
mittags 12 Uhr, in Berlin,
Savoy-Hotel, Grüner Saal,
Friedrichstr. 103, stattfindenden
24. ordentlichen General-
versammlung ergeben ein.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht nebst
Bilanz und Gewinn- und
Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr vom 1. Ok-
tober 1918 bis 30. Sep-
tember 1919; Beschluß-
fassung über deren Ge-
nehmigung sowie über Ver-
wendung des Reingewinns,
2. Entlastung des Vorstandes
und des Aufsichtsrates.
Stimmberechtigt sind die-
jenigen Aktien, welche beim
Vorstand der Gesellschaft
oder bei den nachstehenden
Anmeldestellen mindestens
am dritten Tage vor der
Generalversammlung ent-
weder unter Vorzeigung der
Aktien oder unter Vorlage
eines Bescheinigungsschei-
nes von einem Notar oder
von einer öffentlichen Be-
hörde ausgestellt sein muß,
angemeldet sind.
Anmeldestellen sind: Der
Vorstand der Gesellschaft in
Berlin, die Dresdener Bank in
Berlin, Dresden und München,
die Bayerische Hypotheken-
und Wechselbank in München
und Landshut, das Bank-
haus E. & J. Schwelbhelmer
München, das Bankhaus
Dingel & Co., Magdeburg
die Unionbank, Wien, die
Ungarische Allgemeine Kredit-
bank, Budapest. 152/3
Berlin, 26. Februar 1920.
Der Aufsichtsrat:
Kempner, Vorsitzender.

Winter-Garten
Täglich 7 30
März-Spielplan
Maria Warhaus
in ihren Tänzen
Dr. Angeles
lebender Marmor
5 Carras
Clymn. Neuheit
4 Erettos
Handspringer
Hansi Etzer
Jodlerin
Manfred Kassin
Humor. Zeichner
Fred Bradford
Radfahrer
Silacara
Schlangentänzer
Kommandant Hundley
der alte Haudogen
Montrell
Fangkünstler
Camillo Mayer
Turner-Künstler

Bettwäschen
Was bedarf sorgfältiger und in
feiner Wirkung vorzuziehende
Wäsche gegen dieses so häufige
Leiden sind die betonnen
Pastillen gegen Bettwäschen
a. Schmitz 4 St. u. 8 Stückchen.
Ursprung d. Täglichpreis, nachgem.
Echt nur durch
Löwen-Apotheke, Regens-
burg C104
zu beziehen. 1867*

Gold-Bruch
Silber-Bruch
Kupfer
Messing
Blei
Zink
Zinn
998/1000
kauft zu höchsten
Tagespreisen
Silber-Zentrale
Gotzkowskyst. 18
Geöffnet von 9-6 Uhr.

Kupfer kg bis 25,00
Messing „ „ 14,50
Zink „ „ 8,00
Blei „ „ 9,50
Rotgüß „ „ 23,00
Stalpische Str. 39, Lokal.

Kupfer
Messing
Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-
Silber-
abfälle
Zahngelisse
kauft zu riesig
hohen Preisen
in unseren
6 Einkaufsstellen
Metall-
Zentrale

1. Brunnenstr. 11
am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48
am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29
nahe Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2
Ecke Schönberger Str.
am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln
Kaiser-Friedrich-Str. 220
nahe Hermannplatz
6. Weidenweg 72
am Baitenplatz

Deutsche Nationalversammlung.

144. Sitzung, Montag, den 1. März, 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Müller, David, Roske, Schiffer, Roeste. Der Eintritt in die Tagesordnung sündigt Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) einen Antrag an auf Aufhebung des verschärften Ausnahmezustandes für den Regierungsbezirk Düsseldorf. Das Ergänzungsgesetz zur

Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen wird ohne Aussprache dem Verfassungsausschuss überwiesen. Darauf Fortsetzung der zweiten Beratung des

Reichseinkommensteuergesetzes.

§ 2 handelt von der persönlichen Steuerpflicht. Abg. Dr. Beder-Heffen (D. Sp.) beantragt einen Zusatz auf Befreiung der im Ausland liegenden Grundstücke und Gewerbebetriebe, die bereits am 31. Juli 1914 Eigentum des Steuerpflichtigen waren, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden. Nach Ausführungen des Berichterstatters und eines Regierungsvertreters wird der Antrag abgelehnt und § 2 unändert angenommen. Die folgenden 10 Paragraphen werden ohne Aussprache angenommen.

Ueber § 12, der des nichtversteuerbare Einkommen behandelt, entspinnt sich eine längere Debatte.

Abg. Dr. Blund (Dem.) beantragt, die Steuerbefreiung auch auf die Steuerungszulagen ausgedehnt, die auf Grund des Sozialversicherungs-Gesetzes von 1910 gewährt werden.

Abg. Weislich (Dnat.): Wir beantragen, daß die Frist für die steuerliche Belastung des Grundbesitzwechsels von 10 auf 5 Jahre herabgesetzt wird.

Abg. Seeger (U. Soz.): Die Bestimmung, daß die Naturalbezüge der Angehörigen der Wehrmacht steuerfrei sind, ist eine ungehörige Bevorzugung der Reichswehr. Wir beantragen daher Streichung.

Abg. Beder (D. Sp.) unterstützt den Antrag Weislich.

Abg. Dernburg (Dem.) lehnt den Antrag Seeger ab.

Unterschatzsekretär Roske weist auf die Unmöglichkeit für die Reichswehr hin, nachzugeben, ob ein Erwerb zu spekulativen Zwecken erfolgte. Er bittet deshalb, den Antrag Weislich abzulehnen.

Der Antrag Blund wird angenommen.

Die Abstimmung über den Antrag Weislich muß durch Sammelstimme erfolgen. Es stimmen 87 dafür, 100 dagegen. Das Haus ist also beschlußunfähig! Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an.

Zweite Sitzung.

Präsident Hehrenbach: Die Abstimmung über den Antrag werden wir natürlich jetzt nicht vornehmen. Vielleicht gelingt es den Reaktionsfähigen, das Pflichtgefühl ihrer Reaktionsgenossen so weit zu heben, daß wir im Laufe dieser Woche noch einmal zu einem beschlußfähigen Hause kommen. Ich bitte dringend darum. (Allseitige Zustimmung.)

§ 12 wird im übrigen angenommen.

Zu § 13 beantragt Abg. Weislich (Dnat.) erweiterte Abzugsfähigkeit des Abnutzungswertes der Gebäude und Inventorien.

Abg. Gothein (Dem.): Eine Erweiterung der Abzugsfähigkeit ist in der Tat notwendig. Wir beantragen für die kleinsten Einkommen die Beiträge zu politischen oder kulturfördernden Vereinigungen steuerfrei zu lassen, besonders in Anbetracht der Tatsache, daß die Wohlhabenden auch in Zukunft von Reich und Staat nicht allein übernommen werden können. Dazu sind wir zu betarnt. Schon im Alten Testament ist gesagt, daß man den Schützen von allem, was man hat, den Armen geben soll.

Unterschatzsekretär Roske: Steuerfreie Rücklagen zu schaffen, ist zweifellos richtig; aber man darf darin nicht zu weit gehen. Der Antrag Gothein müßte zunächst einmal neu geprüft werden.

Abg. Gothein stellt seinen Antrag bis zur dritten Lesung zurück.

Abg. Beder (D. Sp.) beantragt die Abzugsfähigkeit der Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, wie Handelskammern, Landwirtschaftskammern u. dgl. Dasselbe müßte gelten für die Beiträge zu Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter.

Abg. Dr. Blund (Dem.): Bernünftige, berechnete Abschreibungen sollen natürlich berücksichtigt werden. Die Abzugsfähigkeit der Beiträge für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften aber hat der Ausschuss abgelehnt, weil daraus der Steuerbehörde große technische Schwierigkeiten erwachsen würden.

Abg. Reil (Soz.) beantragt, daß die Mehrerwerbungen für den Haushalt, die durch die Erwerbbarkeit der Ehefrau notwendig geworden sind, von dem zu versteuernden Einkommen abgezogen werden können. Dem Antrag Beder, auch die Beiträge zu Berufsvertretungen abzulehnen zu lassen, widersprechen wir aus steuerlichen Gründen: die Einkommensgrenzen für den einzelnen sind da geringer als der Sicherungsbedarf des Reiches. Außerdem würden diese Abzüge nicht auf die reinen Berufsvertretungen beschränkt bleiben. Einem ungeheuren selbständigen Abzug muß unter allen Umständen vorbeugt werden. Sollte der Antrag aber durchgehen, dann muß das Abzugsrecht auch für die übrigen Berufsvertretungen, die Gewerkschaften u. dgl., gelten.

Abg. Mumm (Dnat.): Wir würden es begrüßen, wenn Abg. Gothein seinen Antrag erneuern würde, daß auch Beiträge für gemeinnützige Zwecke abzugsfähig sein sollen. Dazu gehören auch die Beiträge für religiöse Gemeinschaften.

Abg. Reil (Soz.): Wir haben die größten Bedenken gegen eine Wiederaufnahme des Antrages Gothein. Außerdem schließen wir uns den warmen Ausführungen des Unterschatzsekretärs Roske durchaus an. Denn solange es dem Reich an Arbeitskräften fehlt, solange nicht einmal den Reservisten, den Kriegsverwundeten und den Kriegshinterbliebenen wirksam geholfen werden kann, können wir es unmöglich dem Belieben des einzelnen überlassen, ob er sich entschließt, den schmutzigen Teil seines Vermögens herauszugeben. (Beifall links.)

Der Antrag auf erweiterte Abzugsfähigkeit für Erwerbungen und Rückstellungen wird abgelehnt gegen die Stimmen der Rechten und des Abg. Gothein.

§ 13 wird mit dem Antrag Reil (Abzug der Mehrerwerbungen bei Erwerbbarkeit der Ehefrau) und dem Antrag Beder (Abzugsfähigkeit der Beiträge zu Berufsvertretungen) angenommen.

§ 15 bestimmt, daß bei der Veranlagung zur Einkommensteuer das Einkommen der Ehegatten zusammengerechnet wird.

Abg. Düwelle (U. Soz.): Wir sind gegen die Zusammenrechnung des Einkommens des Ehemannes und der Ehefrau, sofern dieses Einkommen 5000 M. übersteigt. Die Ehefrau arbeitet nicht zu ihrem Vergnügen.

Die Abg. Blund (Dem.) und Reil (Soz.) wenden sich gegen den Antrag Düwelle, der gerade das Gegenteil des Gewünschten erreichen würde.

Die Abstimmung wird zurückgestellt.

Zu § 16 beantragt Abg. Weislich, daß das Einkommen eines Kindes nur dann dem Einkommen der Eltern zugerechnet werden soll, wenn es sich um Einkommen aus Kapitalvermögen handelt.

Abg. Beder (D. Sp.): Wir beantragen die Zusammenrechnung nur bei minderjährigen Kindern ohne Rücksicht auf die Art des Einkommens.

Abg. Heffe (Dem.): Dem Antrag Beder können wir nicht zustimmen. Wir beantragen dagegen selbständige Veranlagung des Arbeitseinkommens mit dem der Eltern.

Abg. Reil (Soz.): Den Antrag Beder können wir ab. Wir legen entscheidenden Wert darauf, daß die Zusammenrechnung des Einkommens des Haushaltsvorstandes mit dem Arbeitseinkommen auch der minderjährigen Kinder unterbleibt. Dem Antrag Weislich stimmen wir zu.

Präsident Hehrenbach: Die verschiedenen Antragsteller einigen sich wohl am besten bis zur dritten Lesung auf eine gemeinsame Fassung.

Der § 16 wird mit der Änderung angenommen, daß nur bei minderjährigen Kindern die Zusammenrechnung des Arbeitseinkommens unterbleiben soll.

Die §§ 19 und 20 enthalten

die Steuerföge.

Abg. Seeger (U. Soz.): In Anbetracht der ungeheuren Steigerung aller Preise müßte das steuerfreie Einkommen, wenn es die Höhe des Existenzminimums erreichen könnte, mindestens 15 000 M. betragen. Die Abzüge dürften nur bis zu dieser Grenze gemacht werden. 3000 M. ist aber das Allerwenigste, was wir fordern.

Abg. Blund (Dem.): Auf kinderreiche Familien ist weitgehende Rücksicht genommen.

Abg. Düwelle (U. Soz.): Wir fordern einen Steuerfuß von 50 Proz. schon bei 100 000 M., anstehend bis zu 65 Proz. Im Existenzminimum begnügen wir uns mit 3000 M. steuerfreiem Einkommen.

Abg. Reil (Soz.): Es ist wahrlich keine länder Aufgabe, Anträge zu formulieren, die noch viel weitergehen, um so agitativeren Bedürfnissen

nach mehr entgegenzukommen; ich hätte auch genug soziale Gründe dafür angeben, aber ich müßte nicht, wie dann das deutsche Staatswesen erhalten werden könnte. (Ruf des Abg. Seeger: Glauben Sie mit Ihren Anträgen das deutsche Staatswesen erhalten zu können?) Sie haben durch Ihren Antrag ja selbst die Notwendigkeit dazu anerkannt! Im Vordergrund haben Sie es abgelehnt zu begründen, wie das „kapitalistische Reich“ erhalten bleiben soll, und im Nachhinein haben Sie ausschließlich Ihren Antrag begründet, der gerade dazu beitragen soll, dies zu tun. Sodasich haben wir noch zu sagen: wenn man das Existenzminimum freilassen wollte, müßte man natürlich höher gehen. Aber selbst die Herren Unabhängigen müssen zugeben, daß dies eine Unmöglichkeit ist, indem sie selbst das Existenzminimum mit 10—12 000 M. angeben und doch nur 3000 M. steuerfreies Einkommen verlangen. Es ist eben leider bei dem Steuerfuß des Reiches unmöglich, die Sätze frei zu lassen, die heute für die Lebensführung notwendig sind. Dies bedeutet niemand mehr als meine Fraktion. Wir müssen uns aber bemühen, um das Wohl des Reichsbudgets zu denken und um gerade auf die wirtschaftlich schwachen Kreise Bedacht zu nehmen, möglichst viel aus den direkten Steuern, wie der Einkommensteuer, herauszuholen, um die die breiten Massen bedrückenden ungeräten Steuern möglichst gering gestalten zu können. Die heutige Fassung bedeutet

für kinderreiche Familien einen großen Fortschritt gegenüber allen einzelstaatlichen bisherigen Fassungen. Eine alleinstehende Person hat 1500 M. steuerfreies Einkommen, bei zwei Personen 3000 M., bei drei 4500 M., bei vier 6000 M., bei fünf 7500 M., bei sechs 9000 M. und bei sieben Familienmitgliedern 10 500 M., die von der Steuer befreit sind. Wir (zu den U. Soz.) haben mehr Wert darauf gelegt, uns eine Mehrheit für die die Arbeiterklasse in Wahrheit entlastenden Bestimmungen zu sichern, als nur agitative Anträge einzubringen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Unterschatzsekretär Roske: Den Antrag, die steuerfreie Grenze auf 3000 M. herabzusetzen, bitte ich in Anbetracht des großen finanziellen Ausfalls abzulehnen. Den Antrag des Abg. Blund begrüße ich mit einem wachen und einem heiteren Auge.

§ 19 wird mit geringen Änderungen angenommen.

Der Antrag auf Festhaltung der steuerfreien Einkommensgrenze auf 3000 M. wird abgelehnt.

§ 20, der den Steuertarif enthält, wird in der Fassung des Entwurfes unter Ablehnung der unabhängigen Anträge angenommen.

Damit wird die Beratung abgebrochen.

Präsident Hehrenbach verliest den bereits angekündigten Initiativantrag des Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) betreffend

Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten für den Regierungsbezirk Düsseldorf und den verschärften Ausnahmezustand.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) begründet die Dringlichkeit seines Antrages. Die Verordnung stellt den ganzen gefährdeten Rechtsstaat in Frage.

Präsident Hehrenbach: Mit Rücksicht auf den Umstand, daß diese Verordnung des Reichspräsidenten doch schon vom 13. Januar stammt, überlasse ich es der Prüfung des Hauses, ob eine so dringliche Behandlung des Antrages erforderlich ist.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Diese Verordnung vom 13. Januar ist erst am 28. Februar der Nationalversammlung mitgeteilt worden. (Hört, hört!) Das ist eine Verletzung der Verfassung. Auch ist ausfallenderweise die Mitteilung an die Nationalversammlung vom Reichswehrminister statt vom Reichspräsidenten erfolgt, eine neue Verfassungsverletzung. Das legt die Vermutung nahe, daß diese Verordnung dem Reichspräsidenten gar nicht bekannt war.

Redner des Zentrum und der Demokraten sprechen dagegen, daß die Sache bereits auf die morgige Tagesordnung kommt.

Präsident Hehrenbach: Da durch die Erklärung der Redner zweier großer Parteien die Gewißheit gegeben ist, daß mindestens 15 Abgeordnete widersprechen, so schlage ich vor, die Anträge als ersten Punkt auf die Mittwochstagesordnung zu setzen.

Abg. Cohn (U. Soz.): Der Reichswehrminister hat uns diese Verordnung mit dem Bemerkten mitgeteilt, daß sie zunächst nur in Düsseldorf Geltung habe. Die Verantwortung für eine etwaige Ausdehnung auf andere Landesteile lehnen wir ab.

Bei der Abstimmung ist die Mehrheit gegen eine Verhandlung am Dienstag. Mit der Verhandlung am Mittwoch ist das Haus einverstanden.

Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr. (Weiterberatung des Einkommenssteuergesetzes, Kapitalrentensteuer und Landessteuergesetz.)

Schluß gegen 5 Uhr.

geordneten die pflichtgemäße Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor den Wählern verhindert würde.

Der Antrag wird gegen die Unabhängigen abgelehnt. Es folgt die Beratung einer Mitteilung der Regierung, daß die Verwendung staatlicher Mittel zur Herstellung und Verbreitung von Flugchriften und Schriften parteipolitisch er Art nicht nachweisbar ist.

Abg. Rippel (Dnat. Sp.): Der Mißbrauch, der trotz der Regierungserklärung mit Staatsmitteln für Parteizwecke getrieben wird, muß aufhören. Ich frage die Regierung, ob sie gewillt ist, dahin zu wirken.

Ministerpräsident Hirth: Wer in der Art des Vorredners Kritik übt, trägt zum Wiederaufbau unseres Volkes, dem der Vorredner angeblich dienen will, nicht bei. Es ist doch zwecklos, immer wieder über die Vorgänge in den letzten Wochen irreführende Behauptungen aufzustellen. Alle Fälle von Korruption, die festgestellt worden sind, gehen auf eine Zeit zurück, wo Sie (zu den Deutschnationalen) die Herrschaft hatten. (Stürmischer Widerspruch rechts. — Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Sie können nicht bestreiten, daß diese Korruptionsfälle sich unter Ihrer Regierung abspielten haben. (Erneute Paraphrasen.) Nicht ein einziger Fall der festgestellten Korruptionsfälle hat sich in der Zeit seit der Revolution abgespielt. (Große Unruhe bei den Dnat. — Lebhafter Zustimmung bei der Mehrheit.) Eine Kritik der Behauptungen ohne Beweis lehnen wir entschieden ab. (Große Unruhe rechts, demonstrativer sich wiederholender Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Tatsächlich bestanden doch Organisationen, die das Volk den Wahlen und Bestrebungen der Regierung geneigt machen sollen. Auch die frühere Regierung hat Parteiarbeit getrieben, nur etwas geschickter.

Abg. Gornitz (D. Sp.): Die Zentralkasse für Heimatdienst verbreitert andauernd sozialistische Werbeschriften. Diese Form der Aufklärung kann man nicht objektiv nennen.

Abg. Meyer-Rheine (Soz.): Der Nachweis der Korruption ist bisher völlig mißlungen. In den beanstandeten Brochüren ist nicht sozialistische, sondern soziale Politik getrieben worden. Die Rechte regt sich nur auf, weil sie steuerlos ist. (Beifall bei den Soz.)

Danach wird ein Schlußantrag angenommen und die Mitteilung der Regierung für erledigt erklärt.

Der Antrag des Freiherrn von Wangenheim (R.) auf Hilfe für die durch das Hochwasser der Elbe und Weiser Geschädigten wird nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen.

Abg. Graf-Frankfurt (Soz.) begründet einen Antrag, den Krankenkassen möglichst bald für die Ausstellung der Jubiläumsarten von den Landesversicherungsanstalten eine die Selbstkosten deckende Entschädigung zahlen zu lassen. Der Redner tritt ferner dafür ein, daß die Beiträge zur Invalidenversicherung gegen Vergütung der Selbstkosten von den Krankenkassen eingezogen werden.

Der Antrag wird nach zustimmenden Ausführungen von Rednern aller Parteien einstimmig angenommen.

Abg. Graf-Frankfurt (Soz.) begründet dann noch einen Antrag, daß die Grundbesitzer, nach denen sich die haren Leistungen der Krankenkassen richten, entsprechend den heutigen Verhältnissen erhöht werden. — Ein Regierungsvertreter stellt eine Vorlage zur Reichsversicherungsordnung in Aussicht, die dem Antrage entspricht.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. — Danach verlegt sich das Haus auf Dienstag 12 Uhr: Kleine Anträge, Auseinanderlegung mit der Krone. — Schluß 4^{1/2} Uhr.

Wirtschaft.

Wo ist der richtige Preis?

Wir sind „preissüchtig“ geworden; selbst das richtige Gefühl für die Angemessenheit der Preise ist uns verloren gegangen, wir tauchen im Dunkeln. Ob der Verkäufer, bei dem wir eine Ware erwerben wollen, einen übermäßigen Aufschlag gemacht hat, wieviel der Verkäufer der Ware, Großhändler, Zwischenhändler, Schieber, sich bereits mit großem Nutzen in die Hände an ihr gemacht haben, wir wissen es wahrlich nicht. Wir sind hilflos und ratlos, und fühlen uns überall betrogen, wir sehnen und gürd in die Zeit des Mittelalters, als die Magistrate dem Handwerksmeister und Kaufmann die Preise je nach der Güte der Ware vorschrieben, als Einziges dafür, daß ihnen die Konkurrenz vom Hals gehalten wurde. Auch heute fehlt die Konkurrenz, herrscht das Monopol der Warenknappheit, aber es fehlt das Gegengewicht, der Schutz der Verbraucher. Aber selbst in vergangenen Friedenszeiten, als die große Konkurrenz bestand, war dem Betrug Tür und Tor geöffnet, weil der Verbraucher die minderwertige von der guten Ware nach ihrem Aussehen nicht unterscheiden konnte, weil die Fabrikanten ihren schädlichen Waren dieselbe feine Aufmachung gaben wie den wirklich guten Waren der Konkurrenz. Auch damals herrschte die große Täuschung der Verbraucher. So entsteht die Frage, muß das so sein, ist das unänderlich, oder läßt sich dieser traurige Zustand beseitigen? Jawohl, er läßt sich beseitigen durch eine organisierte Bedarfsdeckungswirtschaft, in der die Waren in bezug auf ihr Material, die Güte der Arbeit und den angemessenen Preis kontrolliert werden. Wir haben durchaus das Recht, zu fordern, daß wir über das Material, aus dem die Waren hergestellt sind, und den Aufbau der Preise jederzeit wahre Auskunft erhalten.

Nicht darauf kommt es an, daß wir in diesem oder jenem Warenhaus mal einen günstigen Gelegenheitskauf machen können, daß der Warenhausbesitzer hier und da eine gute Konjunktur hat richtig und schnell ausnützen können, sondern, daß die gesamte Warenherstellung und Verteilung endlich ernstlich gemacht wird.

Ob ich einen Krug oder einen Schlipf im Norden oder Süden, in diesem oder jenem Laden der Stadt kaufe, ich will die Gewißheit haben, daß ich für Waren der gleichen Güte überall den gleichen Preis zu zahlen habe! Wir müssen deshalb immer wieder zur Organisation des Konsums aufrufen. Würde die gemeinwirtschaftliche Organisation der Warenherstellung und -verteilung in kurzer Zeit ein völliger Wandel herbeiführen, tägliche Preisveränderungen von Preistabellen durch die Zentralleitung würden uns von der Preisblindheit erlösen, die Herstellung von Waren im eigenen Betrieb, wie es die „Produktion“ in Hamburg tut, würde die Güte der Waren heben und vereinheitlichen. Bedauerlich ist es, daß die Stadtverwaltungen auf diesem so außerordentlich wichtigen Gebiet so sehr verlagern und in den Kreisen der großkapitalistischen Unternehmer keine Männer sind, die gemeinwirtschaftlich organisieren und die die Berechnung von seiten ihrer Mitbürger höher einschätzen als Berge von schmutzigem Papiergeld. —astr.

Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten. Im Verband gibt sich ein starker Unmut der Industrie gegen die fortgesetzten starken Preissteigerungen der für die Dachpappenfabrikation benötigten Rohstoffe kund, welche auch eine bedauerliche Verteuerung der Dachpappe selbst bedeutet. Wegen einer etwaigen Zwangswirtschaft nimmt der Verband Stellung. (Kein Wunder, denn die steigenden Papppreise bedeuten ein gutes Geschäft.)

Ausgabe von Gratifikationen. Die Gewerkschaften Kommando beantragt die Erhöhung des Grundkapitals um 8 Mill. M., und zwar dadurch, daß der Kennbetrag der Aktien durch Abschmelzung um 150 Proz. erhöht wird. Der dazu erforderliche Betrag soll den Aktionären aus dem Reingewinn zur Verfügung gestellt werden.

Preussische Landesversammlung.

127. Sitzung, Montag, den 1. März 1920.

Am Regierungstisch: Hirth. Präsident Leiner eröffnet die Sitzung 12^{1/2} Uhr.

Abg. Meyer-Pöppel (Soz.) begründet einen Antrag auf unversägliches Vorlage einer Denkschrift über die preussischen Wasserkräfte und ihre Ausnutzung zur Licht- und Kraft-erzeugung, ferner auf Vorschläge für eine reifliche Ausnutzung der Kohle. Der Redner spricht so leise, daß er auf der Tribüne völlig unverständlich bleibt.

Nach dem Antrag zustimmenden Erklärungen der Abg. Dr. Klotz (Dnat.) und Dr. Frenzel (Dem.) erucht ein Regierungsvertreter um Ausschüßberatung, um über den zu beabsichtigenden Umfang der gewünschten Denkschrift Endpunkte zu geminnen, da ihre Fertigstellung 6 Monate bis 2 Jahre in Anspruch nehmen könnte.

Die Abg. Hirth (Hr.) und Lichtenstein (U. Soz.) wenden sich gegen die Ausschüßberatung und treten für schleunige Vorlage der Denkschrift ein, damit ein Ueberblick über die Gesamtlage gewonnen wird. Abg. Stendel (D. Sp.): Die Ausschüßberatungen würden ja doch nur vier Wochen in Anspruch nehmen. Abg. Dr. Frenzel (Dem.): Die Angelegenheit ist so dringlich, daß sie durch Ausschüßberatungen nicht noch verzögert werden darf. (Beifall.) Der Antrag wird nach Ablehnung des Antrages der Deutschen Volkspartei auf Ausschüßberatung einstimmig angenommen.

Abg. Reil (U. Soz.) begründet einen Antrag auf Einspruch gegen die Versammlungsverbote, weil damit den Ab-

Die Betriebsratswahlen.

Frauen in den Betriebsräten.

Im Interesse des Schutzes der weiblichen Arbeitskraft ist es Pflicht der Arbeitgeberinnen, das Betriebsratsgesetz auch in ihrem Interesse auszunutzen, sich bekannt zu machen mit den Rechten, die ihnen das Gesetz gibt. Vor allen Dingen muß natürlich die Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere für die Frauen, durch die gesetzgebenden Körperschaften ausgebaut und erweitert werden. Das bedeutet eine Erweiterung der Gewerbeinspektion. Ihre Unterstützung soll in die Hand der Betriebsräte gelegt werden. Sie haben die Unfall- und Gesundheitsgefahren zu bekämpfen, die Gewerbeaufsicht zu unterstützen und bei der Verwaltung der Betriebswohlfahrtsvereinigungen mitzuwirken. Nach Art. 165 der Reichsverfassung haben die Betriebsräte die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrzunehmen. Hier ist die Mitarbeit der Frauen in Frauenarbeitsfragen dringend erwünscht. Sie sind beteiligt an der Verwaltung der Wohlfahrtsvereinigungen der Betriebe, also z. B. Pensionskassen, Wohnvereinigungen, Speisungen, Erntestuben, Krippen usw. Sie haben für eine wirksame Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren im Betriebe, für Schutzvorrichtungen an den Maschinen, geeignete Arbeitskleidung, besonders bei den Frauen, zu sorgen. In diesem Zwecke muß der Betriebsrat die Gewerbeaufsichtsbeamten durch Anrohung, Beratung und Auskunft unterstützen. Sollen Frauen wirksam mitarbeiten in den Betriebsräten, so ist natürlich die genaueste Kenntnis des Betriebsratsgesetzes erforderlich, wenn der große soziale und wirtschaftliche Fortschritt, den seine Einführung bringt, bewertet werden soll. Die Frauen, die sich in die Betriebsräte wählen lassen, müssen in Unterrichtskursen über die Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen, zu unterrichten. Von ihnen selbst wird es abhängen, ob sie durch die Arbeit in der Fabrik und in den Werkstätten, die sie betreiben, durch die Teilnahme an der Verbesserung der Lebensbedingungen des ganzen Volkes, durch die Teilnahme an den Arbeiterinnen nicht warm genug ans Herz legen, die Rechte und Pflichten aller vollen geschlechtlichen Bestimmungen, die unter Mitarbeit der Frauen aufzustehen, auszuüben. Insbesondere das Betriebsratsgesetz bietet den Frauen ein neues und dankbares Feld der Tätigkeit für sich selbst und für die Gesamtheit des ganzen Volkes.

Gewerkschaftsbewegung

Wiederaufnahme der Arbeit in den Mühlen.

Mit den Mühlenbesitzern Groß-Berlins ist eine vorläufige Einigung erzielt. Die streikenden Mühlenarbeiter beschlossen nach einem Bericht der Lohnkommission und der Verhandlung, die Arbeit am heutigen Dienstag früh wieder aufzunehmen. In den vom Schlichtungsausschuss anerkannten Löhnen wollen die Unternehmer, trotzdem keine Regelung der Wahlhöhe seitens der Reichsberufsstelle erfolgt ist, ab 18. Februar noch 10 M. pro Woche zulegen. Sie hoffen, daß bei der am 12. März stattfindenden Sitzung mit den Vertretern der Regierung eine entsprechende Regelung der Wahlhöhe seitens der Reichsberufsstelle vorgenommen wird und daß dann die weiteren berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer vollständig anerkannt werden.

Demnach würde der Lohn vom 18. Februar 1900 beginn 175 M. und für die Frauen 120 M. betragen. Außerdem würde ab 1. Januar bis einschließlich 15. Februar noch eine mit rückwirkender Kraft in Geltung tretende Teuerungszulage von 15 M. die Woche gezahlt werden.

Ueber die anderen Punkte: Dauer des Tarifvertrages usw. sollen nach dem 12. März endgültig Verhandlungen stattfinden.

Die Nothilfe im Mäckerstreik.

Anlässlich des Streiks in den Mäcker die Technische Nothilfe bei der Firma H. W. Schütt eingeleitet, da ein für die Firma Lagernder Kahn mit 4000 Zentner Getreide, der beiläufig seit dem 24. Februar dort liegt, dem vollständigen Verderben preisgegeben wäre, wenn nicht ein sofortiges Entladen stattfinden würde. Da nach Mitteilung der Firma Schütt jegliches Getreide, wenn auch nicht mehr ganz einwandfrei, verarbeitet werden muß, entschloß sich der Landesbeirat, die Entladung des Kahnes vorzunehmen, um nicht das an sich schon sehr wenige Brotgetreide noch mehr zu verringern. Das Getreide hat natürlich in seiner Qualität schon bedenklich gelitten. Die Streikleitung, mit der die Technische Nothilfe vorher Abklärung nahm, stand wohl auf dem Standpunkt, Nothilfearbeiten zu verrichten, jedoch die Arbeiter glaubten, daß dadurch der Streik verlängert werde.

Im Laufe der Streikzeit sind noch mehrere Kahnladungen mit Getreide eingetroffen, im ganzen bis jetzt acht. Die Entladung dieser Kahne soll ebenfalls vorgenommen werden, um sie vor dem Verderben zu retten.

Beschwerdestelle für Betriebsräte. Am § 83 des Betriebsratsgesetzes ist vorgesehen, daß bei Streitigkeiten über die Errichtung, Zusammenfassung, Geschäftsführung usw. der Betriebsräte der Reichsberufsstelle als Beschwerdeinstanz zu entscheiden hat. Solange Reichsberufsstelle nicht besteht, soll nach § 103 die Landeszentralbehörde eine andere Stelle als Ersatz bestimmen. Da nun bekannt geworden ist, daß für Frauen die Absicht besteht, die Gewerbeinspektoren als zündende Beschwerdeinstanz einzusetzen hat sich die Arbeiterschaft freier Angestelltenverbände mit einem dringlichen Schreiben an das Reichs-Arbeitsministerium gewandt und ersucht, nicht die Gewerbeinspektoren, sondern die Schlichtungsausschüsse — wenn nötig unter Bildung besonderer Kommissionen — als vorläufige Beschwerdeinstanz im Sinne des § 103 anzuerkennen. Das Reichs-Arbeitsministerium wird aufsehernd, im Sinne dieses Antrages auf die Landeszentralbehörden einzuwirken.

Mit der neuen Zigarettensteuer.

melde am 1. April in Kraft treten soll, beschloß sich der einmütigen Tagung eine Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Vertreten waren die Gewerkschaften und Delegierte der Kopf- und Handarbeiter. Von Arbeitgeberseite wurde auf die Unmöglichkeit der Weiterführung der Zigarettenfabriken bei Inkrafttreten der neuen Steuer hingewiesen. Die Arbeitnehmer sahen zu erkennen, daß sie keine Veranlassung hätten, sich als Botschafter für die Kapitalisten bemühen zu lassen; bevor sie etwas gegen die Steuer unternehmen, müßten sie sich erst informieren, ob es denn tatsächlich nicht möglich ist, die Fabriken weiter zu führen. Ein Antrag der Arbeitnehmer, die Änderungen am 1. April auf 4 Wochen zu verschieben, wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt mit dem Bemerkung, daß sie sich erst darüber schlüssig werden müßten. Eine Antwort ist inzwischen nicht erfolgt, wohl aber die Forderungen am 1. April. Die Arbeitnehmer wählten eine Räte-Kommission, die sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Kommission kam zu dem Schluß, daß, selbst wenn die Regierung die Steuer um 40 Prozent ermäßigen würde, die Zigarette durch diese Steuer immer noch eine Preissteigerung erfahren müßte, die es dem Arbeiter unmöglich macht, fortan dieses Vergnügungsmittel zu leisten. — Die vollständige Schließung aller Fabriken wurde von der Kommission nicht ernst genommen, wohl aber eine wesentliche Verabstärkung der gesamten Produktion, hauptsächlich des Exportes nach den besetzten Gebieten für wahrscheinlich gehalten. Dadurch würde ein großer Teil der Arbeiter betroffen. Die Kommission will sich noch einmal

mit den Abgeordneten der Nationalversammlung ins Einvernehmen setzen, um eine nochmalige Beratung des Gesetzes herbeizuführen.

Bureaudiener, Kassenboten, Haus- und Botenmeister der A. G., der Bergmann- und Siemens-Schuckert Werke sowie der Berliner Metallindustrie!

Zwecks Ausdrucks über die Einreichung obiger Verbandsgruppen in die bestehenden und neu abzuschließenden Tarifverträge eruchen wir die obigen Branchenangehörigen, umachend ihre Adressen an den Kollegen Friedrich Lufow, N 118, Carmen-Sylva-Str. 29, einzuliefern.

Die Angestelltenausschüsse in der Metallindustrie eruchen wir dringend, die Bureaudiener, Kassenboten, Haus- und Botenmeister auf vorstehende Notiz aufmerksam zu machen und uns bei der Adressensammlung zu unterstützen. Die Branchenleitung der Einkassierer, Kassenboten und Bureaudiener im Deutschen Transportarbeiterverband.

Deutscher Technikerverband. Dem im Dezember v. J. in Essen mit Hilfe des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes gegründeten neuen Technikerverband ist durch einseitige Verfügung des Landgerichts in Essen bei Vermeidung einer Strafe von 500 M. für jeden Fall der Zwangsübertragung die Weiterführung des Namens unterjagt worden. Zugleich werden ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt. Die Angelegenheit hat der alte Deutsche Technikerverband, der sich im Mai v. J. mit dem Bund der technisch-industriellen Beamten verständigt hat, durch Rechtsanwalt Dr. Grundmann in Essen erhoben; sie ruht darauf, daß der besagte Verband den Namen lediglich wählte, um Mitglieder zu gewinnen. Damit ist den Berufsvereinen der Technikerbewegung ein harter Schlag bereitet worden, der hoffentlich die technischen Angestellten veranlassen wird, sich der Einheitsgewerkschaft der Techniker, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten anzuschließen.

Schuhmacherstreik in Jittau.

Wegen Lohnforderungen sind am gestrigen Montag die Jittauer Schuhmachergehilfen in den Ausstand getreten.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Ludw. Loewe A. G.

Der Betrieb wird Dienstag, den 2. März, früh 7 1/2 Uhr, wieder aufgenommen.

Wohnung, Weitergerühner. Am Donnerstag, den 1. März, nachm. 5 1/2 Uhr, im Saal V des Gewerkschaftshauses: Wählige Versammlung. Deutscher Transportarbeiterverband.

Zentralverband der Fleischer. Mitglieder-Versammlung: Dienstag, 2. März, abends 7 Uhr, im Bockers Restoran, W. Str. 17. — Mittwoch, den 3. März, abends 6 1/2 Uhr, Bezirks-Versammlung Charlottenburg-Wilmersdorf, „Volkshaus“, Köpenicker Str. 3. — Bezirks-Versammlung Neukölln-Brick: abends 7 Uhr, Neukölln, Köpenicker Str. bei Bären. — Bezirks-Versammlung Weichenheim-Heinersdorf: abends 7 Uhr bei Weber, Weichenheim, Friedrichstr. 37, Ecke Straußstraße.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Mittwoch, den 3. März: A-Gruppe 4a (Sektion der Verleinerungsbeamten): nachm. 4 1/2 Uhr, Dresdenstr. 96, Dresden; A-Gruppe 8 (Angestellte der Lederwirtschaft): abends 6 Uhr, Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 98/97 (Königsplatz des Tiergartens); A-Gruppe 10 (Sektion II b (Wuppertal)): abends 7 Uhr, „Schultheiß“, Neue Jakobstr. 24/25. — A-Gruppe 13 (Vertrauensleute der Lebensmittelindustrie und Großhandel): abends 7 1/2 Uhr, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. — A-Gruppe 14 (Sektion d (Gas-, Wasser- und Heizungsanlagen): abends 7 Uhr, Havelands Festhalle, Neue Friedrichstr. 33. — A-Gruppe 15 (Bergmann-Kongress, Berlin und Potsdam): abends 7 Uhr, Bismarckstr. 2. — A-Gruppe 17 (Sektion II a (Tabakindustrie)): nachm. 4 1/2 Uhr, Prachtstraße „Alt-Berlin“, Bismarckstr. 10.

Verfälschungsausschüsse. Heute Dienstag, abends 6 Uhr, im Havelands Festhalle, Neue Friedrichstr.: Versammlung Kollege Giesel, R. d. W., spricht über das Betriebsratsgesetz.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Walter Riedler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Oetzel, Berlin. Verlag: Hermanns Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Simon & Co., Berlin. Einbinder: S. Oetzel u. Seilage.

Alte Gebisse
auch zerbrochene, bis 3000 Mark.
Einzeln Platinstillzähne von 21,25 — 200 Mark,
jedoch nicht unter 21,25 M. pro Zahn,
Platin-Brennstifte, Kontakte usw.
bis 320 Mark pro Gramm.
Gold, Silber, Geräte, Schmucksachen und Juwelen kauft zu den höchsten Tagespreisen
täglich von 9 bis 8 Uhr abends
J. Herz, Fehrbelliner Straße 52,
Vorderhaus links parterre.
Sonntags nur von 6 bis 8 Uhr abends.

Elektro-Motoren
Jahr Fabrik, auch laufend zu Tagelohn. Unterhalt sehr billiges Repet.
Ing.-Büro Theo Boeser
Berlin W 30, Stübdenstr. 3
Tel. 20909 5700.

Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung schon seit 30 Jahren.
Barthel
Bornborfer Straße 54.

Zigaretten,
engl. amer. Lagerbesuch sehr lohnend.
Nur Selbstverbr. u. Gastw.
M. Dessau, Berlin, Alexanderplatz 2, 1. Trepp., am Untergrdh. 9-6 Uhr.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 18.
Tel. Lützow 3705 und 3518.

Münzen Gold Silber
kauft 25/10
Ball, Münzenhandlung,
Berlin, Wilhelmstr. 47.
Schellack, Seim
kauft jedes Quantum 37/3
Georgie Kurz,
Berlin, Habersstraße 75.
Tel.: Rönigk 3109.

Kupfer 26.-
Messing 15.-, Aluminium 20.-, Quecksilber 150.-
Blei 10.50, Zinn bis 7.00,
Nickel bis 35.- zahlr
Metall-Ankaufsstelle,
Lotharstr. 89/90, Lad.

Boßen Damenstiefel
Paar 100 M. verkauft
Mitterstr. 24, vorn II rechts.

Möbel,
Teppiche, Gardinen, Kronen,
Dekorations- u. Wirtschaftsgüter,
auch Kleidungsstücke u. Bettwäsche kauft
höchstzahlend

Althandlung Bärwaldstr. 48.
Schriftl. Angebote werden
prompt erledigt

PLATIN
stets zu höchsten Tagespreisen.
Gold, Silber in Bruch
in Barren
Brennstifte, Platinkontakte,
Zahngelisse, Quecksilber
kauft höchstzahlend
Adolf Friedländer, Berlin.
Kommandantenstr. 29, I rechts.

Brillanten Juwelen
Berlen
kauft zu hohen Preisen
Feledrichstr. 155, Hochpt., Gde Unter den Linden, gegenüb. d. Victoria-Café, Rent. 1050

Metall - Ankaufsstelle
Stallschreiberstr. 50-51. zahlr für
Kupfer per Kilo 24.00 Mk.
Messing 13.00
Blei 10.00
Zink 8.00
Quecksilber 150.00
Geöffnet von 9-6 Uhr

Kupfer kg bis 25.50 M.
Messing „ 15.00
Zink „ 8.50
Blei „ 10.00
Rotguss „ 23.50
kauft gegen Kasse
Balle
Tasche, alliancestr. 68.
Wilmersdorf, Fernharbstr. 15c.

Werkzeuge.
25 Kaufs größte Bohren Werkzeuge, wie Bohrer, Feiler, Feilen, Reibhaken, Janggen für Holz- und Metallbearbeitung, sowie alle sonst. Metallhandwerkzeuge.
— Ing. Mayer, Wilmersdorf, Berlin, Alexanderstr. 41, Geogr. im Jahre 1896. Zweigstr. Apoth. Berlins.

Platin, Gold-, Silberbruch alte Zahngelisse,
Pl.-Zähne bis 40 M.
kauft
E. Hausdorff,
NO., Pallasdenstr. 11, v. II.

Stauben-erregend
wirkt Apotheker Dr. Ucker's Heilsalbe geg. Hautausschlag, Flechten, Geschwüre, Beinschäden, Krampfad. (besond. bei Frauen), oft. Fußwunden wunde rissige Haut, Frostschäden, Verbrennungen usw. — Die Salbe wirkt hautbildend, schmerz- u. juckreizstillend. Originalpackg. 3 M. 6.— u. M. 9.—. Nur allein echt durch die Apotheke zum Goldenen Adler, Berlin 63, Alexanderstr. 41, Geogr. im Jahre 1896. Zweigstr. Apoth. Berlins.

Rechtsheirat
in schwierigsten Fällen. Dr. Fabisch, Potsdamer Str. 118 (Lützowstr.), bish Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Ehe-, Alimenten-, Vertragsnachen, Gesuche, Str., Zivilprozesse. Tel.: Lützow 2464. u. Mäbise Honorare

Gute Antiquitäten
An- und Verkauf
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.

Juwelen Perlen
An- und Verkauf
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstraße 9
Tautenzienstr. 18 A.

Zähne v. 4 an 1.30
Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlos. Unabh. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt Wolf sol. Potsdamer Str. 85. Hochb. Sprechz. 9-7.

Metalle bedeutende Preisermäßigung!
Platin! Zahngelisse. Zahn bis 75 Mark. Gold- u. Silbersachen! Münzen! Salpeters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotguss! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn! Stanniolpapier! Zink! Blei! Flaschenkapseln! Schrittbl. alle Metalle höchstzahlend
Weberstraße 31
— Alex. 4243. —

Edelmetall-Einkaufsbureau.
— Alex. 4243. —

Elektro-Installations-Materialien
Leitungsdrähte, Litzen, Kabeln, Spulendrähte, Kupfer- und Messingabfälle, Eisenbleche 3/3 bis 0,6 u. 3 mm bis 5 mm, sowie jegliche Art Winkelisen kauft laufend jeden Posten

Carl Peschmann Nchf.
Inh. A. Nasaroff
Bernauer Str. 101
Ferienprecher: Humboldt 1078, 2/30

Warnung! Bruchsilber!
Verkauft Sie Ihr Bruch-Gold u. -Silber, sowie Platin nicht — bevor Sie den richtigen Preis bei H. Wiese, Artilleriestraße 30, erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend!

Alte Gebisse!
Platin
kauft — wie bekannt — stets höchstzahlend, kein gewöhnl. Platin-Zahn unter M. 22.—
Berlin W, Krausenstr. 56-58, Zimm. 1.
Täglich 10-6 Uhr. Vogler, Berlin.

Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Onadengesuche, Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H. Alexanderstr. 46 (am Alexanderplatz, gegenüb. Tietz). (9-7) Glänz. Erfolge Beobachtg. Sonnt. 10-1

Kupfer kg 25.—
Messing „ 15.—
Blei „ 11.—
Zink „ 7.50
H. Samuelsohn,
Berlin O 26,
Nauynstraße 35,
an der Oranienbück.
Mörizpl. 4900.

Kupfer 26.00 M.,
Rotguss 23.50 „
Messing 15.00 „
Blei 10.00 „
Zink 7.50 „
Zinn bis 10 M. 30/3
Metall-Ankaufsstelle
Langstr. 28, den
Gebäude. Verkauft
Friedrichstr. 78.

Kaufe jede Art Altmittel
zu den höchsten Preisen
Kupfer 25
Messing 15
Blei 9,50-10
Zink 8,50 usw.
Bei Anruf: Moritzpl. 4247.
Abholung gratis.
Zimmermann,
Alte Jakobstr. 56.

Altmittel!
Kupfer, Messing, Zinn,
Zink und Blei, auch Gold
und Silber kauft
über Tagespreise
Althandlung Bärwaldstr. 48.
Schellack, Seim I u. I
Kahn, Bismarckstr. 1

Kupfer 25-26 M.,
Aluminium 20-21,30 M., Rotguss 20-23 M.
Messing 15-16 M., Blei 9-10 M. p. Kilo,
Zinn, Zinn, Lagermetall kauft
Schlösser Niemann,
Stallschreiberstraße 35, an Moritzplatz.

Platin höchsten Preis
Brennstifte, Goldbruch und Silberbruch
Gebisse Zahn 20,00 M.
kauft Linke
Blücherstraße 40
Port. 1, II, 9-7 Uhr.

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Büchertische, Teumens, Sesseln, Verticos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. Haben wir originalen unangefassten Bestand in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 160 nahe Rosenthaler Platz bei
Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7
Geöffnet von 9-6

Die Altmittel-Ankaufsstelle
Blumenstr. 71, Ecke Markusstr. (Keiler)
zahlt die **allerhöchsten** Tagespreise
für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.
Altmetalle per kg 1,30 M.